



6. Der Kindergarten der Arbeiterwohlfahrt im Spiegel der fachpolitischen Entwicklungen seit 1990

6.1 Die Arbeiterwohlfahrt in den neuen Bundesländern

Das Jahr 1990 war in jeder Hinsicht für Deutschland ein besonderes Jahr. Nach dem Fall der Mauer deutete sich sehr schnell die Wiedervereinigung beider deutscher Staaten an, die am 3. Oktober 1990 vollzogen wurde. Die Arbeiterwohlfahrt versuchte bereits kurz nach der Wende Kontakte herzustellen und veranstaltete noch vor der Währungsunion im Juni 1990 eine erste gesamtdeutsche Fachtagung zum Kindergarten in Anlehnung an das Fröbeljubiläum in Bad Blankenburg. Gleichzeitig arbeitete die AWO an der ersten Verordnung für Kindertageseinrichtungen der DDR nach der Wende mit, die zwar fertiggestellt wurde, jedoch nicht mehr in Kraft trat, zumal deutlich wurde, daß die gewählte Regierung der DDR den Anschluß an die BRD anstrebte.

Gleichzeitig gab es aber auch fachpolitische Veränderungen. Das neue Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG), was in der BRD das Jugendwohlfahrtsgesetz (JWG) zum 1. Januar 1991 ablösen sollte, trat nach der Vereinigung zum 1. Oktober 1990 in den neuen Bundesländern in Kraft. Die AWO hatte bereits 1970 in einer Denkschrift zur strukturellen Weiterentwicklung des Jugendhilferechts die Zusammenfassung von Jugendgerichtsgesetz und Jugendwohlfahrtsgesetz gefordert. Wenngleich sich diese Forderung nicht durchsetzte, so wurde doch mit dem KJHG ein Gesetz verabschiedet, welches die Prävention vor den Eingriff setzt und in dieser Hinsicht einen Paradigmenwechsel bedeutet (vgl. Münder u. a., 1993). Trotz vielfacher Bemühungen von Verbänden und Politik gelang es jedoch nicht, in dem Kinder- und Jugendhilfegesetz einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz durchzusetzen. Es scheiterte nicht zuletzt daran,

daß die Länder allein die Kosten für ein Bundesgesetz nicht tragen wollten.³⁸ Zudem ist aber darauf zu verweisen, daß auch die politischen Befürworter dieses Anspruches – ähnlich wie auch die Wissenschaftler – sehr stark vor dem Hintergrund der Vereinbarkeit von Familie und Beruf argumentierten und weniger hinsichtlich seiner bildungspolitischen Bedeutung.

Dennoch mußte aus Sicht der AWO das neue KJHG trotz der starken Familienorientierung, der wenigen Leistungsverbindlichkeiten und dem fehlenden Rechtsanspruch ein Fortschritt sein, fanden sich doch viele ihrer Forderungen in den Strukturmaximen der Jugendhilfe im Achten Jugendbericht und dann auch im Gesetz wieder:

- Im Gegensatz zum JWG führt das KJHG zum ersten Mal auch Kinder unter drei Jahren und über sechs Jahre im Kapitel über „Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege“ auf.
- Der Verweis auf Alltagsorientierung in den institutionellen Settings und der Auftrag, präventiv positive Lebensbedingungen für Kinder und ihre Familien zu schaffen, heißt ja implizit die von der AWO für den Kindergartenbereich immer schon geforderte Erweiterung der Angebotsformen und Abstimmung der Öffnungszeiten auf die Bedürfnisse der Familien und ihrer Kinder.
- Die Forderung nach Partizipation aller Beteiligten, also Mitbestimmung, war seit Beginn der sozialdemokratischen Bewegung ein zentrales Anliegen im Kontext der Diskussionen um öffentliche Erziehung.
- Integration und Normalisierung spiegeln ein Prinzip, was auf Akzeptanz statt Ausgrenzung setzt: also Kinder- und Jugendhilfe als Angebot für jedes Kind, ohne Un-



terschiede nach Geschlecht, körperlicher Befindlichkeit, Weltanschauung oder sozialer und ethnischer Herkunft. Dies läßt sich ebenso als Konkretisierung der Grundprinzipien der AWO lesen.

Kinder- und Jugendhilfe in der Bundesrepublik arbeitete also zur Zeit der Wende selbst an der Etablierung einer neuen Kultur und traf nun in dieser Umbruchzeit auf ein System der DDR, was sich diametral unterschied:

„In der Jugendhilfe war die Situation besonders verzwickt, gab es doch zu Zeiten der DDR so gut wie nichts von dem, was es im Westen gab: keinen Föderalismus, keine kommunalen Jugendämter, kein KJHG, keine flächendeckenden und starken freien Träger . . . Es war offenbar in Sachen Jugendhilfe nichts so wie im Westen“

(Rauschenbach/Galuske, zitiert nach Rauschenbach, 1997, 133).

Die Liste ließe sich erweitern, allerdings in anderem Duktus:

- Es gab keine Verteilungskämpfe um Krippen-, Kindergarten- und Hortplätze.

- Es gab keine Verteilungskämpfe um Finanzierungen.
- Es gab keine gesetzlich legitimierten Kindergartengruppen mit 27 und mehr Kindern.
- Es gab keine Verteilungskämpfe um Ganztagsplätze.
- Es gab keine Elternbeiträge von 200 und mehr DM.

Die Unterschiede waren immens und sehr früh deutete sich an, daß die Vereinigung vor allem Übernahme von Weststrukturen bedeutete. Die strukturelle Veränderung war aber nicht alles, waren sie doch mit dem Engagement westlicher Träger, vor allem der Wohlfahrtsverbände, auch an konzeptionelle Reformen geknüpft. Daß dies auch für die AWO Thema werden würde, zeigt ein punktueller Vergleich ihrer Grundsätze mit denen der DDR-Kindergartenpädagogik (siehe Abbildung 9).

Auch hier zeigt sich, daß sich die Ideologien diametral gegenüberstanden. Betrachtet man zudem, daß sowohl viele Eltern und viele Kindergärtnerinnen mit vielen Grundsätzen der DDR-Kindergartenpädagogik übereinstimm-

Abb. 9: Pädagogische Prinzipien der Arbeiterwohlfahrt und der DDR-Kindergartenpädagogik

	AWO	DDR-Kindergartenpädagogik
Ziel	Freier Mensch in den Grenzen der Gemeinschaft	Allseitig und harmonisch ausgebildete sozialistische Persönlichkeit
Konzept	Situationsorientiertes Arbeiten	Funktionsorientiertes Lernen
Rolle der Erzieherin	Organisatorin des Alltags	Pädagogische Führung
Planung	Offen	nach zentral vorgegebenen Plan
Gruppenzusammensetzung	Integrativ	Sondereinrichtungen für behinderte Kinder
Altersstruktur	prinzipiell altersheterogen (flexibel von 0–14 möglich)	altershomogen
institutioneller Rahmen	möglichst Kindertagesstätte – Aufhebung der Trennung Krippe, Kindergarten, Hort	Trennung Krippe, Kindergarten und Hort
Beteiligung	Eltern und Kinder sollen an Planung beteiligt werden	Planung durch die Gruppenleiterin



ten, so wird deutlich, welche Schwierigkeiten die Zusammenführung dieser beiden Systeme erwarten ließen.

Mit der verabschiedeten Gesetzeslage, das KJHG in den neuen Ländern einzuführen, war überdies klar, daß auch hier der Ausbau der Freien Trägerschaften erklärtes Ziel der Politik war. Die Arbeiterwohlfahrt stand vor der Frage: Übernahme von Trägerschaften ja oder nein? Zudem hatte die Arbeiterwohlfahrt wie der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband – und im Gegensatz zu den konfessionellen Trägern – keine Vorgängerorganisation in der DDR und konnte sich somit nicht auf eine ausreichende Zahl von Mitgliedern stützen. Oder anders: Der Aufbau der Arbeiterwohlfahrt mußte zunächst hauptsächlich über hauptamtliche Kräfte organisiert werden (vgl. Olk/Pabst, 1996). Andererseits war die Arbeiterwohlfahrt auch nicht politisch vorbelastet. In dieser Situation war es für die Arbeiterwohlfahrt wichtig, sich selbst bekannt zu machen und ihr sozial- und bildungspolitisches Profil auch nach außen zu dokumentieren. Dies war um so wichtiger, als zu Beginn nicht die Übernahme von Trägerschaften erste Auswirkung der neuen politischen Landschaft waren. Vielmehr wurden Krippen- und Hortplätze eines einst hinsichtlich der Versorgung sehr gut ausgebauten Systems von Kindereinrichtungen drastisch zurückgeführt. Gleichzeitig prägte die starke Frauenarbeitslosigkeit – auch von Krippen- und Horterzieherinnen – das Bild. Nicht zuletzt bestanden Befürchtungen, Kinder von sozial schwächeren Familien würde durch erhöhte Elternbeiträge der Zugang zum Kindergarten verwehrt. Der rapide Abbau der Kinderbetreuung führte dann am 17. November 1990 zur Durchführung des Forums „Sorgenkind Kindergarten“ und letztlich zur Gründung der „Interessengemeinschaft erhaltet die Kindereinrichtungen in den neuen Bundesländern“. Im Rahmen dieser Interessengemein-

schaft wurde versucht, im Rahmen von regionalen und überregionalen Treffen, politischen Einfluß zu gewinnen. Zentrale Ziele waren:

- „Erhalt möglichst vieler Einrichtungen als Einrichtungen der Jugendhilfe,
- Herstellung bzw. Beitrag zur Herstellung der Einheitlichkeit der Lebensbedingungen der Kinder gemäß Grundgesetz,
- Qualifizierung der pädagogischen Arbeit in den Einrichtungen, u. a. durch Fachberatung und Fortbildung:
- d. h. es geht insgesamt um den Erhalt bzw. die Weiterentwicklung der Einrichtungen zu einem bedarfsgerechten, qualitativ angemessen ausgestatteten Angebot an Tageseinrichtungen für Kinder, u. a. durch Einflußnahme auf die Gesetzgebung der Länder (als Ausführungsbestimmungen der Länder zum Kinder- und Jugendhilfegesetz sowie auf die Frage der Anerkennung von Bildungsgängen und Bildungsabschlüssen“

(Protokoll, 1990, 3).

Die Interessengemeinschaft wurde von Erzieherinnen in den neuen Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und dem Ostteil der Stadt Berlin getragen, die jeweils für ein Land Unterstützung von einer Fachkraft in den alten Ländern bekam. Die organisatorische Abwicklung und die finanziellen Rahmenbedingungen stellte die Arbeiterwohlfahrt, die organisatorisch nun auch profitierte: Erstens wurde sie als Lobby für Kindertageseinrichtungen bekannt – eine Lobby, die ja gerade von vielen Bürgern und Bürgerinnen in der neuen Bundesrepublik vermisst wurde, schließlich war deren Wendeerfahrung: Kahlschlag in der Kinderbetreuung. Zweitens hatte die Arbeiterwohlfahrt nun die Möglichkeit, im Rahmen der



Sitzungen der Interessengemeinschaft für ihr pädagogisches Konzept und ihre Werte zu werben. Drittens – und dies war für die AWO gerade hinsichtlich der Kindereinrichtungen existentiell – war mit der Interessengemeinschaft eine Organisation entstanden, die breite Unterstützung in den neuen Bundesländern fand und damit ermöglichte, in den jeweiligen

Ländern gestärkt Einfluß auf die Kindergarten-gesetzgebung zu nehmen, die nach Ansicht der AWO ein bedarfsgerechtes und finanzierbares Angebot erhalten sollte und gleichzeitig auf finanzielle Absicherung auch armer Träger wie der Arbeiterwohlfahrt Rücksicht nahm (vgl. AWO BV, 1991).

Dokument 9: Interessengemeinschaft Kindereinrichtungen

• Wer ist in der Interessengemeinschaft engagiert?

In der Interessengemeinschaft „Kindereinrichtungen“ (IG) arbeiten Erzieherinnen aus allen Bereichen des Berufsfeldes, Fachberaterinnen und Vertreter/innen der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe zusammen. Aktive Gruppen gibt es in allen neuen Bundesländern.

• Ziele

Der IG geht es darum, Tageseinrichtungen bedarfsgerecht zu erhalten und die Bedingungen in den Einrichtungen im Interesse der Kinder und Eltern, aber auch in berufspolitischer Hinsicht für die Erzieherinnen, zu verbessern

- Verbesserung der gesetzlichen und institutionellen Rahmenbedingungen in den Kindertagesstätten, so daß sich die Kinder in den Einrichtungen wohl fühlen und die Erzieherinnen gerne dort arbeiten
- Aufhebung der Isolation und Motivierung der betroffenen Erzieherinnen und Eltern durch gegenseitige Unterstützung, z. B. bei weiterem Geburtenrückgang und drohender Schließung einer Einrichtung oder bei drastischen Erhöhungen der Elternbeiträge
- Qualifizierung der pädagogischen Arbeit und Konzeptionsentwicklung

• Organisationsform und Arbeitsweise

Die Arbeitsweise der Initiativgruppen ist unterschiedlich: Einige arbeiten konkret an aktuellen Problemen vor Ort, z. B. an der drohenden Schließung einer bestimmten Krippe oder eines Kindergartens, andere haben eher die Länderebene im Blick und engagieren sich z. B. für entsprechende gesetzliche Rahmenbedingungen. Auf überregionalen Versammlungen, an denen z. T. über 500 Personen teilnahmen, werden drei Sprecher/innen und drei Stellvertreter/innen gewählt, die ihr jeweiliges Land bei zentralen Treffen in Berlin vertreten. Diese Sitzungen sind offen, häufig nehmen Vertreter/innen von Verbänden, Gewerkschaften, Parteien und die Fachpresse teil. Es werden Informationen und Erfahrungen ausgetauscht, bisher Erreichtes reflektiert und neue Strategien entwickelt.

Die IG klärt auf und arbeitet an inhaltlichen Schwerpunkten:

- Information und Aufklärung von Eltern, deren Kinder in Einrichtungen betreut werden, die von der Schließung bedroht sind (z. B.: Wie und von wem werden solche Entscheidungen getroffen? Sind sie berechtigt? Welche Möglichkeiten gibt es dagegen anzugehen?)



- Information der Vertreter/innen der öffentlichen Jugendhilfe/Verwaltung und der Politiker/innen über mögliche Folgen von Schließungen
- Herstellen von Öffentlichkeit, Suche nach Kooperationspartnern in Verwaltung, Politik und Öffentlichkeit
- Einmischung in Gesetzgebungsverfahren oder Novellierungsdiskussionen und in Planungsprozesse im Kinder- und Jugendhilfebereich
- Aufgreifen berufspolitischer Fragestellungen (u. a. Anpassungsqualifikation, Alternativen zum Erzieherberuf/Aufstiegsmöglichkeiten, Tariffragen)
- Informationen und Fortbildung für die Sprecherinnen als Multiplikatorinnen innerhalb der IG
- Weiterentwicklung konzeptioneller Grundlagen der pädagogischen Arbeit in den Einrichtungen

• Hintergrund und Geschichte der IG

Der Impuls für die Gründung der IG ging von dem öffentlichen Forum „Sorgenkind Kindergarten“ aus, das der Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt (AWO) gemeinsam mit dem Kreisverband Gera am 17. November 1990 in Gera/Thüringen durchführte.

Gründe waren:

- drohende Schließungen der Tageseinrichtungen für Kinder
- dadurch Wegfall einer wesentlichen Grundlage für die bisher selbstverständliche Vereinbarkeit von Beruf und Familie für die Frauen
- drohende Arbeitslosigkeit der pädagogischen Fachkräfte und anderer in den Einrichtungen Tätigen. Tatsächlich wurden kurzfristig ohne Bedarfsplanung viele Einrichtungen geschlossen und die Erzieherinnen entlassen, vor allem jüngere Kolleginnen.
- Notwendigkeit der Einflußnahme auf Gesetzgebungsverfahren. Zu Beginn nannte sich die IG programmatisch „Erhaltet die Kindereinrichtungen in den neuen Bundesländern. Seit 1992 heißt sie „Interessengemeinschaft Kindereinrichtungen“, da sich der inhaltliche Schwerpunkt vom bedarfsgerechten Erhalt zur Weiterentwicklung und Verbesserung der qualitativen Standards der Kindertagesstätten und Schulhorte verlagerte. Gerade die massiven Einsparungen im Bereich der Kinderhilfe in jüngster Zeit erfordern ein weiteres Engagement.

• Erfolge und Enttäuschungen

Bisher konnten in den verschiedenen Bundesländern eine ganze Reihe voreiliger Schließungen von Kindereinrichtungen verhindert oder aufgehalten werden, bis der tatsächliche Bedarf geklärt wurde. Der IG gelang es, auf landesgesetzliche Regelungen maßgeblich Einfluß zu nehmen. An vielen Orten der östlichen Bundesländer wurden gemeinsam mit DGB, SPD, ÖTV und GEW Aktionstage für den Erhalt von Kindereinrichtungen durchgeführt.



Trotzdem konnte eine Reihe von Schließungen nicht verhindert werden, vor allem wenn die bauliche Substanz keine Renovierung erlaubt. Auch läßt der dramatische Geburtenrückgang bei mittelfristiger Planung oft keine anderen Entscheidungen zu.

Es gibt noch viel zu tun:

- Ständig werden gesetzliche Bestimmungen und Verordnungen zu Lasten der Bedürfnisse von Kindern geändert
- In manchen Ländern wurden horrenden Elternbeiträge festgesetzt, die nicht sozial vertretbar sind und offenbar dazu dienen, auf diesem Umweg den „Bedarf“ zu regulieren
- Nach wie vor gibt es viel zu wenig Fortbildungsmöglichkeiten für Erzieherinnen
- und kaum Fachberatung, die gerade jetzt dringend notwendig ist.

Faltblatt Interessengemeinschaft Kindereinrichtungen 1992

Viertens konnte die AWO neuerlich traditionelle sozialpolitische Ziele in die aktuelle Debatte einbringen, die sie bereits in der Nach-Wende-DDR forciert hatte: Dazu gehörte die alte Forderung nach dem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz. Dazu gehört aber auch der neuerliche Versuch, soziale Dienstleistungen als Wohlfahrtsverband auch 100 % bezahlt zu bekommen:

„Es läßt sich bei einer Umgestaltung der DDR-Sozialpolitik kein vernünftiger Grund erkennen, weshalb die Arbeiterwohlfahrt hier bei dieser Umstrukturierung mit verstärkten ohnehin knappen Eigenmitteln in eine Trägerstruktur einsteigen sollte. Vielmehr muß es darum gehen, dafür zu sorgen, daß Dienstleistungen, die im öffentlichen Auftrag erbracht wurden, auch kostendeckend durch die öffentliche Hand finanziert werden, auch dann, wenn sie durch einen freien Träger aus Gründen der zielgruppennäheren Organisationsstruktur erbracht werden. Es muß also in unserem Interesse liegen, die Fragen der Subsidiarität und die Frage des Eigenmitteleinsatzes in eine sozialpolitische Diskussion in der DDR Eingang finden zu lassen“

(Arbeiterwohlfahrt, 1990, 5).

Die Arbeiterwohlfahrt stand wieder einmal vor der Frage: Sollte sie nun Einrichtungen übernehmen oder nicht? Erschwerend kam zur Beantwortung hinzu, daß die Finanzierungsverhältnisse keineswegs gesichert waren. Zudem stand eine abschließende programmatische Klärung hinsichtlich des Verhältnisses zwischen öffentlicher und freier Trägerschaft noch aus. Eine Angleichung der Arbeiterwohlfahrt an die anderen Wohlfahrtsverbände bezogen auf die Frage der Subsidiarität ist also unübersehbar. Dies zeigt sich auch daran, daß sie sich in den neuen Bundesländern prozentual stärker als z. B. die konfessionellen Träger an der Überführung öffentlicher Einrichtungen in freie Trägerschaft beteiligte. Pointiert könnte formuliert werden: Die Arbeiterwohlfahrt nutzte die Zeit des politischen Umbruchs zum quantitativen Ausbau ihrer Organisation im Kindergartenbereich. Sie nutzte sie gleichzeitig, um fachpolitische Standards, z. B. Fortbildung von Fachberaterinnen, durchzusetzen. Dazu engagierte sie sich für die Qualifikationsmaßnahme „Multiplikatorenfortbildung Tageseinrichtungen für Kinder“ (MFT), die sie in verantwortlicher Position im Auftrag von Bund, Ländern und Gemeinden sowie der Wohlfahrtsverbände leitete.



6.2 Quantitative Entwicklung

Versucht man die quantitative Entwicklung der Kindergärten auf einen Nenner zu bringen, so könnte man formulieren: Die Arbeiterwohlfahrt baut seit Beginn der Bundesrepublik die Anzahl ihrer Einrichtungen kontinuierlich aus und bleibt dabei ihrem Anspruch treu, vor allem altersgemischt auszubauen und die traditionell vernachlässigten Bereiche der Betreuung der unter drei- und über 6jährigen Kinder zu privilegieren.³⁹

Verstärkt zeigen sich diese Trends in den neuen Bundesländern. Während der Anteil an den gesamten Plätzen in Einrichtungen im Bundesgebiet bei 2,4 % liegt, ist er mit 4,2 % in den neuen Bundesländern – wenngleich auf niedrigem Niveau – fast doppelt so hoch. Betrachtet man den Anteil an Plätzen in freier

Trägerschaft so wird deutlich, daß die Arbeiterwohlfahrt hier zum ersten Mal in ihrer Geschichte auch quantitativ mit den konfessionellen Trägern konkurriert (siehe Tabelle 4).

Zwei Bundesländer fallen hier nach oben heraus: Im Land Brandenburg befinden sich sogar 30 % der Plätze in Einrichtungen in freier Trägerschaft bei der Arbeiterwohlfahrt. Daß dies „nur“ 3,7 % der gesamten Plätze in den Einrichtungen von Brandenburg ausmacht, liegt an der Infrastruktur mit stärker kommunalen Einrichtungen. Der danach hohe AWO-Anteil läßt sich ähnlich wie im Fall Nordrhein-Westfalen an der für die AWO besonders günstigen Finanzierung erklären. Dies kann aber nur als ein Indikator gewertet werden, da sämtliche vorliegenden Statistiken keine Aussagen zu kommunalen Unterstützungen ma-

Tabelle 4: Die Kindertageseinrichtungen der Arbeiterwohlfahrt insgesamt in den Bundesländern nach Einrichtungen und Plätzen am 31. Dezember 1994

	Einrichtungen			Plätze		
	Absolut	Anteil der AWO in % an gesamt	Anteil der AWO in % an freien Trägern	Absolut	Anteil der AWO in % an gesamt	Anteil der AWO in % an freien Trägern
Schleswig-Holstein	55	3,9	5,1	3 457	4,6	6,2
Hamburg	25	3,2	4,5	1 584	3,3	6,3
Niedersachsen	109	3,3	5,1	7 358	3,5	5,3
Bremen	10	2,7	3,6	543	2,7	5,4
NRW	411	5,3	7,0	23 471	4,8	6,5
Rheinland-Pfalz	11	0,5	0,8	601	0,4	0,7
Baden-Württemberg	41	0,6	1,0	1 941	0,5	0,8
Bayern	174	2,7	4,0	9 526	2,4	3,5
Saarland	17	3,5	4,6	1 163	3,3	4,4
Berlin-West	17	1,4	2,3	861	1,2	3,3
Berlin-Ost	0	0,0	0,0	0	0,0	0,0
Brandenburg	79	3,3	25,6	7 721	3,7	30,0
Mecklenburg-V.	44	2,9	12,9	6 196	4,9	16,6
Sachsen	110	2,9	12,9	10 578	3,5	23,4
Sachsen-Anhalt	43	2,1	21,0	2 638	2,3	22,8
Thüringen	100	5,8	21,2	9 471	8,5	26,2
Neue Bundesländer	376	3,2	20,0	36 604	4,2	23,5
Früheres Bundesgebiet	918	2,6	4,1	53 410	2,4	4,0
Deutschland gesamt	1 294	2,8	5,3	90 014	2,9	6,0

Quelle: StaBu 1996

(c) Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik



chen. Beispiel Chemnitz: Hier übernimmt die Kommune auch den Trägeranteil, wenn ein Kindergarten von öffentlicher in freie Trägerschaft übergeht.

Auch in Thüringen ist der Anteil der AWO mit 8,5 % an allen Plätzen in Einrichtungen sehr groß. Dies sind immerhin 5 % mehr als in Brandenburg. In Thüringen sind dies jedoch „nur“ 26,2 % der Plätze in freier Trägerschaft (Brandenburg 30 %). Dies verweist auf den hohen Anteil der freien Trägerschaften in Thüringen insgesamt. Deutlich ist auch, daß der prozentuale Anteil der AWO-Einrichtungen in den neuen Ländern 1994 immer geringer ist als der prozentuale Anteil der Plätze. Dies könnte ein Indiz dafür sein, daß die Arbeiterwohlfahrt eher größere Einrichtungen bevorzugt. Ein Zusammenhang zu der Privilegierung von Ganztagsplätzen läßt sich hypothetisch formulieren, nicht jedoch nachweisen. Insgesamt hat sich

der Anteil der AWO an Plätzen in freier Trägerschaft in Deutschland insgesamt um 50 % von 4 % auf 6 % erhöht. Andererseits ist auch zu betonen, daß die AWO auch in den alten Bundesländern die Einrichtungen ausbaut: So steigt die Zahl der Kindereinrichtungen der AWO im früheren Bundesgebiet kontinuierlich an, nämlich von 2,8 % an freien Trägerschaften im Jahr 1982 auf 4,1 % im Jahr 1994 (siehe Tabelle 5).

Während sich der Anteil der konfessionellen Träger nach 1990 entweder wie bei der Caritas stabilisiert oder wie beim Diakonischen Werk leicht zurückgeht, baut die AWO wie auch der Paritätische seine Einrichtungen weiter aus.

Diesem quantitativen Aspekt steht eine qualitative Entscheidung gegenüber, hier der Ausbau vor allem altersgemischter Gruppen. Sieht man sich den prozentualen Anteil der Ar-

Tabelle 5: Entwicklung der Kindertageseinrichtungen im früheren Bundesgebiet von 1982 bis 1994 (absolut)

	1982	1986	1990	1994
Insgesamt	26 013	29 959	32 905	35 035
Öffentliche Träger	8 938	10 336	10 974	12 403
Anteil in % an gesamt	34,4	34,5	33,4	35,4
Freie Träger	17 075	19 623	21 931	22 632
Anteil in % an gesamt	65,6	65,5	66,6	64,6
Die Arbeiterwohlfahrt	470	602	758	918
Anteil in % an freien Trägern	2,8	3,1	3,5	4,1
Der Paritätische	254	719	773	1 237
Anteil in % an freien Trägern	1,5	3,7	3,5	5,5
Das Deutsche Rote Kreuz	231	297	389	493
Anteil in % an freien Trägern	1,4	1,5	1,8	2,2
Das Diakonische Werk	1 158	1 885	7 484	7 269
Anteil in % an freien Trägern	6,8	9,6	34,1	32,1
Die Caritas	2 650	3 219	9 335	9 335
Anteil in % an freien Trägern	15,5	16,4	42,6	41,2
ZWST	3	2	8	7
Anteil in % an freien Trägern	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Religionsgemeinschaften	10 287	10 818	136	124
Anteil in % an freien Trägern	60,2	55,1	0,6	0,5
Jugendverbände	21	17	35	27
Anteil in % an freien Trägern	0,1	0,1	0,2	0,1
Privatgewerbliche Träger	325	295	308	116
Anteil in % an freien Trägern	1,9	1,5	1,4	0,5
Sonstige	1 676	1 769	2 705	3 106
Anteil in % an freien Trägern	9,8	9,0	12,3	13,7

Quelle: StaBu 1985; 1988; 1992; 1996

(c) Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik



beiterwohlfahrt an Plätzen in freier Trägerschaft an, so fallen besonders die 37,3 % im Krippenbereich auf. Offensichtlich sieht die Arbeiterwohlfahrt ihren Auftrag besonders in diesem von der Versorgungsquote stark vernachlässigten Bereich (vgl. auch Beher, 1998). Wenngleich in kleinerem Maße gilt dies auch für Plätze für Kinder über sechs Jahre, für die die AWO vor allem in Tageseinrichtungen mit altersgemischten und alterseinheitlichen Gruppen Plätze anbietet. Mit dem Anteil von 16,3 % an freien Trägern im Kindergartenbereich der neuen Länder dokumentiert die AWO damit auch eine Absage an den traditionellen Kindergarten.⁴⁰ Hierbei ist allerdings einschränkend zu berücksichtigen, daß die immens hohen Schließungsraten in den neuen Ländern fast eine Flexibilisierung des Platzan-

gebotes erzwingen. Daß es sich bei dem oben genannten Befund aber stärker um eine bewußte Profilentwicklung als um eine Reaktion auf aktuelle Anlässe handelt, zeigt ein Blick in die alten Bundesländer: Während im Kindergartenbereich die konfessionellen Träger über 80 % der Einrichtungen in freier Trägerschaft unterhalten, bildet die AWO hier mit 3,1 % eine Minderheit. Ganz anders bei altersgemischten Gruppen mit Krippe, Kindergarten und Hort: Hier ist die Arbeiterwohlfahrt bereits nach dem Diakonischen Werk (27,9 %) mit über 20 % der zweitgrößte freie Träger überhaupt. Letztlich wird die Privilegierung integrativer Einrichtungen deutlich, da die Arbeiterwohlfahrt z. B. in den neuen Ländern über keine Sondereinrichtung verfügt.

Tabelle 6: Plätze in Einrichtungen der AWO in den neuen Bundesländern nach Betreuungsform

Betreuungsform	Summe AWO	Anteil AWO an insgesamt in %	Anteil AWO an freie Träger in %
Krippe	224	2,2	37,3
Kindergarten	3 004	2,3	16,3
Hort	848	0,4	19,9
Tageseinrichtungen mit altersgemischten Gruppen	12 788	5,8	24,8
für Krippe und Kindergarten	4 265	3,7	23,9
für Krippe und Hort	0	0,0	
für Kindergarten und Hort	752	4,0	21,0
für Krippe und Kindergarten und Hort	7 771	9,2	25,8
Tageseinrichtungen mit alterseinheitlichen Gruppen	9 211	6,0	24,1
für Kinder bis Schuleintritt	7 138	5,8	24,7
für Kinder ab drei Jahre	261	5,1	15,8
für Kinder aller Altersklassen	1 191	5,9	21,3
in unterschiedlicher Zusammensetzung	621	16,7	28,6
Tageseinrichtungen mit alterseinheitlichen und altersgemischten Gruppen	10 529	6,8	24,6
insgesamt	36 604	4,2	23,5
davon für Krippe	4 831	5,3	25,6
davon für Kindergarten	26 468	5,3	23,2
davon für Hort	5 305	2,0	22,9
davon integrative Einrichtungen	9 026	7,6	22,3
davon Tageseinrichtungen für behinderte Kinder	0	0,0	0,0

Quelle: StaBu 1985; 1988; 1992; 1996

(c) Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik



Insofern kommt die AWO durchaus ihrem selbstgewählten Anspruch der Orientierung an den Bedürfnissen der Kinder und ihrer Familien hinsichtlich der Altersgruppen und Öffnungszeiten nach. Dies läßt sich auch konzeptionell nachvollziehen.

6.3 Qualitative Entwicklung: Konzeptioneller Pluralismus

Was bereits seit Beginn der Arbeit der Arbeiterwohlfahrt im Kindergartenbereich festzustellen ist, die relative Autonomie bei der Übernahme von Trägerschaften auf den un-

terschiedlichen Ebenen, zeigt sich auch hinsichtlich der pädagogischen Konzeption. Auch hier arbeiten die Einrichtungen autonom; einige Landesverbände der AWO haben Rahmenrichtlinien erlassen. Nicht zuletzt diese Autonomie – neben der existentiellen Notwendigkeit, in vielen Kommunen den Träger wechseln zu müssen – dürfte die Arbeiterwohlfahrt in der Wahrnehmung von Erzieherinnen als adäquaten Arbeitgeber in den neuen Ländern stabilisiert haben. Ein unkommentiertes Beispiel dafür bietet das folgende Interview mit einem Erzieherinnenteam aus Chemnitz im Herbst 1997:

Dokument 10: Interview mit Erzieherinnen der AWO-Kindertagesstätte Friedrich-Hähnel-Straße 7 (Chemnitz)

Leiterin: Die Einrichtung besteht aus zwei ehemaligen gleichgestellten Einrichtungen, die früher eine Krippe und Kindergarten waren, sie wurden mit Übernahme der Arbeiterwohlfahrt zu einem Kinderhaus zusammengeführt. Das bedeutet, daß wir jetzt eine Kapazität von 216 Kindern haben, davon 32 Plätze für Kinder unter drei Jahren, 30 Plätze für Hortkinder, alle andere Plätze sind für Kinder von drei bis sechs Jahren und seit zwei Jahren haben wir sechs Integrativkinder. Wir sind 24 Pädagogen, davon sind 21 Erzieherinnen; dann haben wir noch eine Kinderkrankenschwester und sieben technische Mitarbeiter/innen, das heißt wir kochen selbst, drei arbeiten in der Küche, ein Hausmeister und eine Wäscherin und zwei Raumpflegerinnen. Ja, und die Einrichtung ist hier in diesem Neubaugebiet eine Oase geworden. Wir sind die einzige Einrichtung geblieben, und wir haben ein sehr großes Außengelände. Das ist sehr wichtig für unsere Kinder, weil das Wohngebiet keine freien Flächen, keine Spielplätze mehr hat. Die Kinder können bei uns „einfach“ spielen und sich austoben. Wir haben aber auch das Glück, daß wir den schönen Stadtpark in der Nähe haben, den nutzen wir auch. Ja, damit haben wir noch nichts über das Konzept gesagt, vielleicht ein Satz dazu: Wir arbeiten nach dem Situationsansatz, das heißt, wir orientieren uns an den Bedürfnissen der Kinder und bereiten sie auf das Leben jetzt vor und nicht auf irgendwann, jetzt sollen sie ihr Leben gut meistern können.

Als Team haben wir schon viele Höhen und Tiefen durchgemacht, wir sind dabei, uns intensiv weiterzubilden und haben jetzt zum Schuljahresbeginn die Kapazitäten entsprechend voll.

Frage: Sie haben gesagt: „Höhen und Tiefen“. Was waren die Höhen und Tiefen?

Erzieherin 1: (. . .) Gebaut wurde das Haus 1975 für Kinder, und nach der Wende haben wir auf Initiative einer Erzieherin uns diesen Träger, die AWO gesucht. Wir hatten alle keine Ahnung und waren vollkommen „unbeleckt“, aber unsere Kollegin hatte Verwandte in den alten Bundesländern, und von diesen Verwandten hat sie diese Hinweise bekom-



men: „Macht das nur, das ist sinnvoll, die Stadt stößt Kindergärten ab, und die freien Träger haben bei Einrichtungsübernahmen den Vorrang; und dann sind wir aktiv geworden, die AWO wurde gegründet in Chemnitz, und wir waren damals die erste Kindertageseinrichtung. Der AWO-Vorstand sagte, wir wären ein Pilotprojekt; und dann haben wir „losgelegt“ und uns tüchtig mit Behörden herumgeschlagen, bis es dann soweit war. (. . .)

Erzieherin 2: (. . .) Und ich muß wirklich sagen, also es waren viele Kollegen aus der Krippe gegen die Übernahme durch die Arbeiterwohlfahrt. Und so nach und nach hat man sich doch näher damit befaßt, und die AWO hat ja auch einen guten Ruf.

Es ist ja nicht bloß so, daß man nur die Sicherheit gesehen hat, man hat auch gesehen, das ist eine gute Sache. Und so kam es dann, daß wir gemeinsam, fast gemeinsam, beschlossen haben, diesen Weg zu gehen und in die AWO einzutreten.

Erzieherin 3: Ich will noch dazu sagen: In diesem Wohngebiet gab es viele Einrichtungen, die diese Größe unseres Hauses hatten, also 160 Kinder pro Einrichtung. Das war für uns von vornherein abzusehen, daß die nicht alle bestehen bleiben könnten. Mittlerweile sind alle drei Einrichtungen in unserem Wohngebiet geschlossen. Nur unsere Einrichtung hat überlebt, und wir haben ein volles Haus; und das ist der AWO zu verdanken, das muß ich so sagen. (. . .)

Leiterin: Und da habe ich festgestellt, daß die Kollegen in der Krippe (. . .) nichts wußten von der AWO. (. . .) Es wußte eigentlich in der ehemaligen DDR niemand etwas über die AWO. Ich selbst kannte die AWO von meinem Großvater, der hat erzählt, daß es früher Kinderheime gab und Fahrten für arme Leute und so. Und ich persönlich bin dann mal in die Geschäftsstelle und hab mich mal informiert: „Was ist denn die AWO, was vertritt die?“ Ich habe mich in der Zielsetzung der AWO wiedergefunden, diese Ziele wollte ich auch in der DDR erreichen. Ich habe mich dann mit den Kollegen in der Krippe hingesezt und erstmal Kenntnisse über die AWO vermittelt, und dann haben wir uns zusammengerauft, denn es sollte ja eine AWO-Einrichtung werden. Natürlich hat auch keiner von uns gewußt, wie sich die Freien Träger finanzieren. Das wurde uns erst so nach und nach vermittelt, wie die Finanzierung ist, wenn ein Freier Träger die Einrichtung übernimmt. Das wußten wir ja alles gar nicht.

Erzieherin 6: Obwohl, ich muß dazu sagen, ich bin mit der Frau Steinert in die Einrichtung gekommen kurz vor der Übernahme durch die AWO. Und mich hat beruhigt und sehr gefallen, daß auch die Geschäftsführerin direkt zu uns gekommen ist und unsere Fragen ganz offen beantwortet hat. Wir waren in einer großen Runde, es konnte jeder seine Bedenken sagen, und ich muß sagen, das hat mich sicherer und ruhig gemacht, weil man gemerkt hat, Frau Steinert steht hinter der Sache und kämpft dafür, daß da auch wirklich ein Haus zusammenwächst. Also, das war für mich ein beruhigendes Gefühl, die Sicherheit zu haben, daß unsere Geschäftsführung dahintersteht und nicht nur eine Einrichtung übernimmt, um vielleicht nur in der Öffentlichkeit besser dazustehen, sondern daß die also wirklich dahinterstehen und auch damit eine gute Sache bezwecken. (. . .)

Erzieherin 1: Also mit den Eltern haben wir auch darüber geredet. Wir haben das nicht über die Köpfe der Eltern hinweg getan, wir haben die Eltern eingeladen. Sie konnten auch



Fragen stellen, denn wir wollten, daß die Eltern auch dahinterstehen. Und die Eltern wurden auch aufgeklärt, was die AWO für Ziele hat, die waren ja genauso ahnungslos. Das sind ja alles junge Leute, die wissen gar nichts. Ich bin die Älteste hier, ich wußte auch nichts von der AWO, es gab ja nur die Volkssolidarität. Aber wir haben uns und andere informiert und haben das auch allen Mitarbeiter/innen mitgetragen.

Leiterin: Das sagen wir auch ein bißchen mit Stolz! Ich bin mit vielen zusammengekommen, es ist wirklich nicht überall so. Es war wirklich eine ganz freie Entscheidung eines jeden Mitarbeiters gewesen, wir sind alle Mitglied der Arbeiterwohlfahrt.

Frage: Wissen Sie denn von den anderen Einrichtungen, die hier im Raum Chemnitz sind von der Arbeiterwohlfahrt, ob da auch die Mitarbeiterinnen selbst den Wechsel wollten?

Leiterin: (. . .) Die ersten Einrichtungen wollten die Übernahme, die letzten beiden Einrichtungen gingen von der AWO aus.

Erzieherin 3: Ja, das wollen wir schon sagen, der musische Kindergarten, ein super Kindergarten muß ich sagen, in meinen Augen, und in unser aller Augen, der sollte nämlich geschlossen werden, und die AWO hat ihn gerettet, sonst wäre der Kindergarten nicht mehr und das wäre sehr, sehr schade gewesen. (. . .)

Erzieherin 1: Ich möchte noch sagen, viele Einrichtungen sind ein bißchen neidisch auf uns. Ich habe einen Enkel in einer anderen Einrichtung, da kommt die Erzieherin zu mir und sagt: „Sag' mal, ist bei Euch keine Stelle mehr frei?“ So eine Unruhe und so eine Unsicherheit ist in den Einrichtungen des Jugendamtes. Die Kolleginnen sind innerhalb von drei Jahren immer wieder um- und hin und hergesetzt worden, mein Enkel hatte drei Erzieherinnen in den drei Jahren, wo er dort war. Das gibt es bei uns nicht, bei uns herrscht Ruhe. Ich hatte nie das Problem, daß ich arbeitslos werde, ich hatte ja Sicherheit, muß ich sagen. Das haben die anderen alle nicht in den Einrichtungen, die nicht einen Träger haben, oder nicht in der AWO sind. Und das hat doch viele Einrichtungen angeregt zur AWO zu gehen. Und die kommen her zu uns und gucken, wie wir das machen. (. . .)

Erzieherin 2: Es sind ja auch viele Kinder, die gerade durch Mundpropaganda zu uns kommen, deren Eltern sagen: „Von da und da haben wir gehört, bei Ihnen soll es sehr schön sein, da ist viel los.“ Also sind sie bestrebt, ihr Kind bei uns in der Einrichtung abzugeben.

Erzieherin 5: Vielleicht darf ich mal ergänzen. Wir haben jetzt immer von der Stadt Chemnitz gesprochen. Die AWO hat im Regierungsbezirk ungefähr 50 Kindereinrichtungen. Und Sie hatten vorhin gefragt, ob die Kitas mehr zur AWO wollten, oder die AWO mehr die Kitas ausgesucht hat. Also ich glaube am Anfang '90, '91, '92 war es so, daß die Kitas die Träger gesucht haben, also auch außerhalb der Stadt Chemnitz, im vogtländischen Raum gibt es sehr viele Kitas, aber dann ist das gekippt, dann war es eigentlich so, daß der Träger, also die AWO, sich die Kita gesucht hat, oder die Kommune auf den Freien Träger zugekommen ist und gesagt hat: „Hier übernimm mal, die und die Einrichtung hätten wir abzugeben.“ Das heißt die Teams wurden gefragt und sie erhielten schon die Informationen über den neuen Träger, aber die Initiative ging in den letzten Jahren



nicht von den Kitas aus. Das kann man nicht verallgemeinern, aber so vom Trend, glaube ich, war das so. (. . .)

Erzieherin 2: Es ist auch so, daß jede Kollegin sich nach ihren entsprechenden Fähigkeiten entfalten kann. Das ist ganz wichtig, das keine eingeschränkt wird, so wie das früher war. Jeder kann seine Gruppenräume mit den Kindern gestalten wie er möchte, kann Wünsche äußern, was gern gekauft wird, was die Kinder möchten und dann wird natürlich gesprochen: „Können wir das oder können wir das nicht, z. B. aus finanziellen Gründen?“ Aber jeder kann hier seine Sache einbringen, und das ist eben auch sehr wichtig, daß man hier nicht das Gefühl hat: „Oh Gott, jetzt mußt Du wieder hin, und wer weiß, was jetzt kommt.“ Dieses Gefühl haben wir ja nicht.

Erzieherin 3: Wir gehen also alle gerne auf Arbeit.

Erzieherin 6: Ich finde es eigentlich auch sehr schön, daß man Entscheidungen gemeinsam treffen kann und nicht die Leiterin allein entscheidet und sagt: „So wird es gemacht!“, sondern, daß wir wirklich gemeinsam entscheiden und auch gemeinsam mittragen und dann macht es ja auch viel mehr Spaß. Da steht ja dann auch jeder anders dahinter, denke ich, als wenn das bloß verordnet ist.

Erzieherin 5: Wir haben ja auch gemeinsam die Konzeption ausgearbeitet und wir stehen auch alle hinterdem, was in der Konzeption steht. Das weiß jeder von uns, das hat jeder mit vorgeschlagen und wird auch jederzeit vor den Eltern vertreten.

Erzieherin 2: Aber die Sicherheit, die ich versuche meinen Mitarbeitern zu geben, die nehme ich mir auch aus der Geschäftsstelle. Weil diese uns so ein Gefühl vermitteln, daß sie uns brauchen. Das ist durchaus nicht überall so. Also damals, als ich das erste Gespräch mit der Geschäftsführerin hatte, die hat sich so gründlich informiert, wie ich mir die Arbeit vorstelle hier in dem Haus, so daß ich sie am Ende gefragt habe: „Sagen Sie mal, kommen Sie aus dem pädagogischen Bereich?“ Sie hat so detailliert gefragt, daß ich mir sage: „Mein Gott, da kannst Du Dich wiederfinden.“ Und unsere Geschäftsstelle ist auch so aufgebaut, daß es dort Verwaltungskräfte gibt und das Personalbüro, und da die Frau sitzt, die die ganzen verwaltungstechnischen Sachen macht. Das ist auch nicht überall so. Es gibt Leiterinnen in manchen AWO-Einrichtungen, die wir ja auch kennen, die sich so langsam zur Verwaltungsfrau entwickeln, was ich zum Beispiel überhaupt nicht anstreben würde, ich möchte in erster Linie pädagogisch arbeiten. Und das ist durch die Geschäftsstelle, die wir hier im Kreisverband der AWO haben, schon möglich. Das erleichtert uns die Arbeit, und das Gefühl, daß wir hier sicher sind, hatten wir von Anfang an.

Erzieherin 5: Weil das eben offen war, und nicht irgendwie, irgendwas heimlich oder so. (. . .)

Erzieherin 1: Am Anfang lief nicht alles glatt, da gab es manche Differenzen. Weil ich es einfach ganz anders gewohnt war zu arbeiten.

Erzieherin 5: Ich muß auch sagen, wir kommen ja beide aus einer anderen Einrichtung. Wir waren ja beim Jugendamt angestellt. Unsere Einrichtung ist aufgelöst worden, und wir hatten das Glück, daß wir von dieser Einrichtung übernommen worden sind. Und als wir



hier ankamen, da hatten die Familiengruppen und machten viele Sachen, die wir anders gemacht hätten. Unsere Kinder schlafen beispielsweise auf Matratzen, das wurde von den Kollegen anderer Einrichtungen belächelt: „Wie arbeiten die . . .“, und da haben wir doch gemerkt, daß vieles von dem was wir tun nicht so auf Einverständnis stößt. Aber mit der Zeit kamen immer mehr Kollegen und guckten: „Was macht Ihr denn da, das ist eigentlich gar nicht so schlecht.“

Leiterin: Das hält bis heute an, daß Konzepte umstritten sind. Aber da kämpfen wir, und das ist ja auch ein ganz schwieriger Weg gewesen, von homogenen Gruppen auf altersgemischte Gruppen umzustellen. Aber wir haben gesagt, wenn wir Kinderhaus sind, dann machen wir zwei Familiengruppen, wo Kinder von 1–6 Jahren betreut werden. So, dazu im Haus noch eine Hortgruppe, die so gefragt ist, daß die Eltern ihr Kind schon für nächstes Jahr angemeldet haben, was wir alles gar nicht erfüllen können. Wobei wir auch sagen müssen, daß wir einen sehr gut arbeitenden Elternrat haben, der mit uns gemeinsam auch die Veränderungen getragen hat. Alle Eltern waren auch nicht von altersgemischten Gruppen sofort überzeugt. Und am Anfang haben wir erstmal unseren Auftrag auch anders sehen müssen. Wir gehörten früher zum Ressort „Bildung“, und jetzt gehören wir auf einmal in den sozialen Bereich, zum Jugendamt. Also ich kann mich noch erinnern, da sind wir auf die Straße gegangen. Denn wir mußten auch erstmal unseren Auftrag anders verstehen, den wir Eltern und Kindern gegenüber haben. Und da haben wir uns eigentlich bei der AWO wiedergefunden, bei den Zielen, die die AWO vertritt.

Frage: Sie haben gerade gesagt, am Anfang waren Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit zwischen Krippenerzieherinnen und Kindergärtnerinnen, wo lagen da die Hauptkonflikte?

Erzieherin 1: Erstens ist es so, daß die Kindergärtnerinnen eine völlig andere Ausbildung als die Krippenerzieherinnen haben. Die Krippenerzieherin hat eine Ausbildung, die mehr auf Pflege und Hygiene ausgerichtet ist, während wir Kindergärtnerinnen mehr in der pädagogischen Arbeit ausgebildet sind. Also ich zum Beispiel bin Spezialist für 3- bis 6jährige, so möchte ich sagen. Von den anderen, von den Hortkindern, habe ich keine Ahnung und von Krippenkindern haben wir auch nichts erfahren. Wir waren im Praktikum nicht im Hort und auch nicht in der Krippe, das wurde später zwar noch mal verändert, aber so ist das gelaufen. Und deswegen gab es da Probleme.

Frage: Und wie sahen die im Alltag aus?

Erzieherin 5: Es gab zum Beispiel folgendes Problem: Ich bin eine ehemalige Krippenerzieherin, wir waren gewohnt im Team zu arbeiten, wie wir das jetzt so schön nennen. Also, wir waren meistens zu zweit oder zu dritt in der Gruppe. Wir waren das gewohnt, uns abzustimmen, uns abzusprechen, hingegen die Kindergärtnerinnen waren gewohnt allein in der Gruppe zu sein. Und da gab es am Anfang schon Probleme, wenn zwei Erzieherinnen in der Gruppe waren. Auch die Kinder waren das nicht so gewohnt, also hier hat eine was gesagt, da hat eine was gesagt, tja, zu welcher gehe ich jetzt hin. Die Kinder mußten sich daran gewöhnen, in den gemischten Gruppen, da waren jetzt plötzlich zwei, in den Familiengruppen sogar drei. Auch wir Erzieherinnen mußten uns daran gewöhnen,



daß man sich also wirklich aufeinander verlassen kann, daß man sich eine einheitliche Meinung bildet, nicht, daß der eine das sagt und der andere das. Ich denke, das war am Anfang schon nicht so ganz einfach. (. . .)

Leiterin: Aber wißt Ihr, was wir eigentlich ein bißchen vergessen haben? Ganz am Anfang gab es echte bösartige Kämpfe, generell. Weil nämlich, ganz plötzlich, die Krippen die Kinder nicht mehr hergaben. Früher war es ja so, wenn die Kinder drei Jahre alt waren, wurden die Kinder dem Kindergarten übergeben. Also, die Krippen gaben keine Kinder mehr her, der Kindergarten hat schon Kleine genommen. Deshalb sagte ich, das wurde am Anfang erbittert auf dem Rücken der Kinder ausgetragen. Das war schon ein bißchen schlimm. Das konnte bei uns gleich vermieden werden.

Erzieherin 3: Jede Einrichtung wollte eben bestehen, ist ja klar.

Erzieherin 1: Die Phase fiel eigentlich bei uns weg, weil der Konkurrenzkampf nicht notwendig war, wir haben von Anfang an gesagt, es geht nur zusammen, aber wir sind zusammengewachsen, wir sind nicht zusammengeschmissen worden.

Erzieherin 6: Es ging ganz allmählich, und jetzt merkt man den Unterschied nicht mehr, jetzt heißt es: Das Haus . . .

Erzieherin 3: Die Mittagspause wurde getrennt eingegangen. Die Kolleginnen von dem einem Haus gingen in ihren Raum und wir anderen waren hier, also wir waren nie zusammen. Und dann wurde das auch allmählich zusammengeführt. Die vielen Dinge des Alltags, auch das Geburtstagsfeiern. Wir wurden dann eben ein Team, was wir jetzt sind, aber das hat Jahre gedauert. Das war nicht von heute auf morgen möglich.

Leiterin: Das haben wir aber alle ein wenig vergessen. (. . .)

Frage: Wenn Sie noch einmal zurückblicken und die konzeptionelle Entwicklung des Hauses betrachten?

Leiterin: Ja, die ging ganz einfach los. Wir haben uns erstmal ganz einfache Ziele gesteckt, z. B. daß wir erstmal überhaupt miteinander klar kamen, das Zusammenwachsen, wenn Sie so wollen. Das war erstmal das Grundprinzip von der ganzen Sache. (. . .)

Erzieherin 1: Dann sind wir übergegangen zu den homogenen Gruppen, wir hatten ja sonst immer Gleichaltrige. Ich hatte zum Beispiel 20 6jährige, oder 5- bis 6jährige. Die Altersmischung hat dann sofort begonnen. Jetzt hat jeder von uns nur noch altersgemischte Gruppen, die Familiengruppe hat noch ganz Kleine mit drin. Ich habe jetzt 2- bis 6jährige Kinder. Früher hatte ich eben nur 3jährige in einer Gruppe oder 4- bis 5jährige, aber jetzt ist das total gemischt. Damit haben wir gleich begonnen, das ging zwar nicht sofort zu realisieren, aber wir haben allmählich darauf hingearbeitet.

Leiterin: Konzeptionell haben wir uns am Anfang schon noch ein bißchen nach unserem eigenen Programm gerichtet. Das war zuerst einmal natürlich eine Orientierung, um pädagogisch zu arbeiten. Und an die Altersmischung der Gruppen haben wir uns immer



mehr rangetastet, das war vor der Übernahme durch die Arbeiterwohlfahrt gleich nach der Wende haben wir uns gemeinsam mit den neuen Möglichkeiten der Erziehung in altersgemischten Gruppen befaßt. So, und jetzt sind wir im April fünf Jahre bei der AWO, und jetzt erst haben wir ein Jahr lang gemeinsam eine Konzeption erarbeitet, von der wir jetzt denken: „So, das ist es jetzt.“ Jetzt haben wir uns so weit herangetastet an die Möglichkeiten, die uns ja jetzt geboten wurden und die wir jetzt begriffen haben, und von der Konzeption denken wir, daß sie ein paar Jahr hält. Wobei die Konzeption auch noch verfeinert wird, oder konkretisiert wird, durch die einzelnen Konzeptionen in den Gruppen.

Leiterin: Aber wir haben auch die gruppenübergreifende Öffnung geübt, und das war ganz wichtig, denn jeder hatte nur immer seine Gruppe gesehen und nur für seine Gruppe gedacht, und dann sind wir bereichsweise raus aus einem Bereich und in den nächsten Bereich, und im Garten haben wir praktiziert, daß die Kinder überall hingehen können, daß die sich nur abzumelden und wieder anzumelden brauchen und daß die ihre Freunde besuchen können, das war auch eine Phase, bevor wir jetzt zu unserem Stand gekommen sind.

Erzieherin 6: Ich denke, wir haben die erste Zeit auch viel ausprobiert. Denn nach der Wende war zunächst einmal die Frage, wie machen wir es denn. Das Alte wollten wir nicht mehr so stramm machen, aber wir haben das, von dem wir dachten, das hat gut funktioniert, schon beibehalten. Allmählich haben wir ausprobiert, was wollen eigentlich die Kinder, oder was gefällt denen, was tut den Kindern noch gut. Wir haben erstmal probiert, machen wir es so, oder machen wir es anders, und dann auch teilweise die Dinge wieder verändert, wenn wir gemerkt haben, nein das ist nichts. (. . .)

Erzieherin 3: Und wir haben auch die Einstellungen zum Kind verändert, das haben wir überprüft, jeder für sich. Und auch die Rechte der Kinder versucht zu beachten. Das war alles nicht Voraussetzung. Wir hatten schon alle eine Einstellung zum Kind, wir waren auch alle liebevoll und haben die Kinder geachtet und geschätzt, aber wir haben immer gedacht, alle müssen das Gleiche bringen. Und so ist es ja gar nicht. Also wir mußten uns da auch schon umstellen.

Erzieherin 2: Dieses Gleiche. Wir hatten einen Ordner, da haben wir reingeguckt, und ob in Chemnitz oder in Mecklenburg, die Kinder, die sechs Jahre alt wurden, haben dann alle das Gleiche gemacht. Und nach der Wende haben wir genau das weggelassen, z. B. die politischen Sachen und so, was auch in dem Plan drin war. Aber anderes haben wir weitergeführt. Und in Chemnitz gab es eine Organisation, die hieß „Pädagogische Initiativen“, und da hatte ich ein paarmal dran teilgenommen, und da haben wir dann auch Pläne gehabt von der alten BRD, da sind nämlich die Leute übergefahren, haben sich das drüben angeguckt und haben dann Pläne von drüben und Konzepte mitgebracht. Und da haben wir uns informiert und vom „Konzept“ gehört, das war ja eigentlich ein ganz neues Wort für uns. Und wir haben nachgelesen, z. B. über die Familiengruppe, und ich habe nachgelesen, was machen die denn in einer Familiengruppe, wie läuft das überhaupt da drüben, und da haben wir uns dann überlegt, das könnten wir doch eigentlich auch, haben uns die Begründung überlegt und gedacht: „Warum nicht?“ (. . .)



Leiterin: Und als dann die Betriebserlaubnis erteilt werden sollte, haben wir hier mit dem Jugendamt gesessen und echt gekämpft, das muß man auch mal sagen, unsere große Fachkapazität wurde uns von einigen anderen Einrichtungen geneidet. Aber die Landesbehörde hat gesagt: „Hier stimmt der konzeptionelle Gedanke, warum wir das so und so machen.“ Und nun erinnert Euch mal, wie unsere Eingänge vor sechs, sieben Jahren aussahen. Es war sauber, gepflegt, aber jetzt soll man reingehen und sehen, hier sind Kinder. Die Ordnung hat sich etwas verändert. Das ist die Ordnung der Kinder, und in unserer Konzeption steht u. a. drin, daß die Herren des Hauses unsere Kinder sind. Und da räumen wir nichts weg, wenn mal eine Mutter über ein Spielzeug steigen muß, und die Mutti muß das begreifen, daß sie über das Spielzeug steigen muß, symbolisch gesehen. Also, daß schon die Kinder ihr Leben sehr viel selbst bestimmen, das ist ein Umdenkungsprozeß gewesen.

Erzieherin 2: Und nicht nur symbolisch, auch praktisch. Früher haben wir ja nur in den Gruppen gespielt, da wurde die Tür zugemacht, der Waschraum, die Garderobe, die Räume die dazu führten, die blieben frei, und plötzlich konnten die Kinder überall spielen. Die spielen also in der Garderobe und bauen da, und wenn dann die Eltern kommen und holen ihre Kinder ab, dann müssen sie eben mal über so einen Stein steigen oder mal einen Puppenwagen zur Seite schieben. Das waren ja auch die Eltern nicht gewohnt. Das mußten wir ja denen auch mitteilen, was wir wollen und daß wir die Überzeugung haben, daß es richtig ist, was wir machen, gut für das Kind ist. (. . .)

Frage: Sie haben jetzt Freiheit und Individualität betont. Jetzt hat der Kindergarten ja heute auch noch einen Bildungsauftrag. Spüren Sie da Veränderungen, oder haben sie den Eindruck, daß Kinder weniger lernen, oder . . .

Erzieherin 4: Die Frage kommt zum Teil auch von den Eltern an uns: „Die haben erzählt und gespielt, und was haben sie eigentlich gelernt?“ Und ich denke, das ist auch ein Prozeß, der war bei uns so, daß wir das erst begreifen mußten, daß die Kinder eben im Spiel genausoviel lernen können, als wenn sie alle zusammen am Tisch sitzen und alle das Gleiche machen würden. Und ich denke, die Eltern müssen das auch erst nach und nach lernen. Viele Eltern haben es jetzt auch schon verstanden, und sehr viele beschäftigen sich damit und stellen Fragen an uns. Aber ich denke, manche Eltern müssen das auch selber erst lernen.

Frage: Und Sie sehen das auch bei den Kindern, daß sie lernen?

Erzieherin 1: Ja, und wir informieren auch unsere Eltern darüber, was wir tun. Zum Beispiel arbeiten wir an Projekten orientiert an dem, was die Kinder gerne tun möchten, und das greifen wir auf, kindgemäß oder in anregender Art. Zum Beispiel Fotos oder Fragen der Kinder. Ich habe jetzt zum Beispiel das Projekt „Baby“, weil bei mir in der Gruppe zwei Geschwisterkinder sind, die haben ein Baby zu Hause. Und das interessiert, die bringen die Babys früh mit, und da steht dann die ganze Gruppe drumherum und informiert sich, wie es dem Baby so geht. Und das möchte ich jetzt machen. (. . .)



Erzieherin 5: . . . Aber wenn die Kinder früher nach Hause gingen, kannten sie eben alle dasselbe Lied, wenn auch nicht vollständig, aber die Melodie und ein Stück vom Text, oder ein Gedicht, was wir gelernt haben, das lernten am gleichen Tag alle Kinder gleich. So, und jetzt ist das nun nicht mehr so. Sie sagen das zwar vor, aber das eine Kind lernt es heute, das andere Kind lernt es morgen, beim Nachsprechen oder beim Erzählen, oder wie es nun so läuft. Und das andere Kind eben in einer Woche. Und dadurch ist dieser Vergleich gar nicht mehr so möglich, und dann kamen die Eltern schon erstmal und haben gesagt: „Nun erklären Sie uns das erstmal, sie wollen die Kinder auf das Leben vorbereiten und sie lernen es aber gar nicht so konkret.“ Und das war auch etwas was wir selber erst lernen mußten: Die Kinder lernen im Spiel. Es muß nicht jedes Kind gleich lernen.

Erzieherin 1: Also, unsere Kinder lernen nach wie vor sehr viel. Und die Arbeit nach dem Situationsansatz ist ja auch ein sehr langer intensiver Prozeß, der aber von den Kindern mitgestaltet, mitorganisiert und mitbeendet wird. Die Erzieherin ist jetzt diejenige, die nun mehr im Hintergrund stehen sollte. Wie wir so schön gesagt haben, sie soll mehr Regisseur sein. Und die Eltern, langsam merken die das schon, (. . .) daß wir mehr an den Stärken arbeiten. Und die Schule hat uns ja die Rückkoppelung gegeben, nach anfänglichen Hindernissen arbeiten wir zusammen. Als wir nun einen Hort aufgemacht haben, hat die Schule gedacht, da brechen unten Arbeitsplätze weg, deswegen war die Zusammenarbeit schon etwas eingeschlafen, aber jetzt arbeiten wir wieder zusammen. Die Fachlehrerinnen waren schon oben und haben sich erkundigt, wie wir mit den Kindern arbeiten. Man hat uns bescheinigt, daß die AWO-Kinder auffallen in der Schule, weil die sehr selbstbewußt sind, sehr selbstsicher auftreten, selbständig im Denken sind und eigentlich bewußt an die neue Phase ihres Lebens rangehen. Ein besseres Lob können wir für unsere Arbeit eigentlich nicht bekommen, wenn wir dieses Ziel erreicht haben. (. . .)

Erzieherin 1: Ich möchte das an einem Beispiel erläutern. In der Stadt Chemnitz, bzw. damals Karl-Marx-Stadt, hielten sich Parlamentarier auf aus den kapitalistischen Ländern Italien und Frankreich. Und in unser Haus kam eine Delegation und besichtigte den Kindergarten. Die damalige Leiterin hat uns das dann auch gesagt, also es kommen Franzosen, und dann hat sie uns Maßregeln gegeben: Die Kinder, die sitzen alle am Tisch, ganz ruhig, die können was malen und sind ganz ruhig. So, wir waren alle voller Erwartung, und es war ganz still im ganzen Haus, alle Kinder waren in den Zimmern und saßen am Tisch. Jedenfalls kamen die dann und wurden umhergeführt. Ich ging mit den Franzosen durch die Einrichtung, dabei war noch die Leiterin der Volksbildung und die Referentin. Danach setzten sie sich auch hier in dem Raum an den Tisch, die Referentin war dabei, die Leiterin und ich waren mit dabei, ich war damals stellvertretende Leiterin, wie heute. Jedenfalls haben die gesagt: „Das soll ein Kindergarten sein, wir haben doch gar nichts gehört, so ist das bei uns nicht, nein. Die Kinder sind doch ganz eingeschüchtert und still, das ist doch nicht kindgemäß.“ Also, die kamen da nicht drüber hinweg. Nun würde ich mir wünschen, daß diese Leute jetzt noch einmal kommen und die heutige Atmosphäre erleben könnten. Wir hatten uns damals nach den Vorgaben gerichtet, wir selber hatten zu wenig Selbstbewußtsein, und die Kinder auch.



Erzieherin 2: Wir haben uns auch nicht getraut zu sagen, warum reden die Kinder nicht. Die Beschäftigung wurde ganz leise durchgeführt. Das war wie Unterricht.

Leiterin: Aber wir hatten auch Schwierigkeiten am Anfang, die hatten wir. Wir brauchten keine Hilfe von außen, wir haben es allein gemeistert, weil wir es auch allein meistern durften. Also, wir müssen niemanden fragen: „Können wir das so machen?“ Denken Sie mal eineinhalb, zwei Jahre zurück, wir hatten Familiengruppen, wunderbar, wir waren Vorreiter, ein Aushängeschild. Und dann waren personelle Umsetzungen nötig, ich sagte zu den Mitarbeitern: „Ich muß Euch trennen, ich brauche Sie in der Integrativgruppe.“ Wie war denn das? Tränen gab es. Und jetzt? Es ist zum Wohle der Kinder, aber die Prozesse, die entstanden sind, waren schmerzhaft.

Leiterin: Aber wir haben immer ein Pflaster gefunden!

Erzieherin 2: Aber wir haben die Notwendigkeit eingesehen. Jeder hat die Notwendigkeit eingesehen, daß es nicht anders geht und daß man auch dann die persönlichen Belange zurückstellen muß. (. . .)

Leiterin: Was uns heute natürlich maßlos ärgert über die Politik, das ist doch klar. Warum schrauben die bei uns den Schlüssel hoch, 1:13, früher war es 1:12, wir sind verärgert nicht nur wegen der Arbeitsplätze, nein, es geht um die Bedingungen für die Kinder, diese müßten besser gestaltet werden. Die Erhöhung der Kinderzahl macht schon was aus, in so einem großen, in einem kleinen Haus ja auch. (. . .) Und wenn man mal die sozialen Strukturen unserer Elternhäuser anguckt, das Leben unserer Menschen ist doch ziemlich schwierig geworden. Es gibt soviel arbeitslose Menschen in diesem Ballungsgebiet, es häufen sich diese Familien. Die Kinder kommen oftmals aus gestörten Beziehungen, viele Scheidungskinder, und dann kommen die ausländischen Kinder, die können oft noch nicht die deutsche Sprache, dann kommen gestörte Kinder, wo zu Hause nur Krach ist, weil die Mutter keine Arbeit hat, der Vater keine Arbeit hat, die Kinder drücken sich die Nase am Schaufenster platt und, und, und. Und dann drehen die hier den Personalschlüssel höher, anstatt ihn niedriger zu machen.

Frage: Vielleicht als letzte Frage, wenn Sie es auf den Punkt bringen müßten und Sie würde jemand fragen: „Woran merkt ein Kind, daß das ein AWO-Kindergarten ist?“

Leiterin: Ich erzähle ein Beispiel: Die Hortkinder waren mal in einer Veranstaltung, das war ein Puppentheater. Da kamen Kinder aus verschiedenen Gegenden hin. Da hat vorne öffentlich der Veranstalter gesagt: „Aber Ihr wart ja sehr gut, Ihr wart so aufmerksam . . .“, da hat unser Kind gesagt: „Wir sind auch was besonderes, wir sind die AWO-Kinder!“ Also, den Begriff AWO verstehen die Kinder so noch nicht, aber wir besuchen unsere alten Leutchen, das AWO-Seniorenheim. Wir gehen in die Geschäftsstelle, wir gehen zur Hochzeit, wenn der AWO-Fachberater heiratet, aber dieses Wort AWO wird mehr von den Eltern verwandt. Zum Beispiel: „Ich möchte mein Kind in der AWO-Einrichtung anmelden.“ Und das hören dann die Kinder auch. Aber, daß unsere Kleinen merken, daß sie in einen AWO-Kindergarten gehen, das ist nicht der Fall.



Gemeinsamer Fokus der meisten analysierten Konzeptionen⁴¹ ist der Bezug zum Situationsansatz, der institutionenspezifisch definiert wird. Auffallend ist dabei, daß die in der Wissenschaft vorgetragene aktuelle Kritik des Situationsansatzes in keiner der Konzeptionen Spuren hinterlassen hat. Dies ist um so bemerkenswerter, als auch die Evaluation des Situationsansatzes erhebliche Defizite aufgezeigt hat (vgl. Zimmer, 1997). Dabei ist zu berücksichtigen, daß auch von der Wissenschaft kaum genügend Erkenntnisse zur Verfügung gestellt wurden, die den Praktikern die Implementation erleichtert hätten. Forschung fand in diesem Gebiet so gut wie nicht statt und Modellversuche wurden nur unzureichend empirisch analysiert. Gleichzeitig ist darauf zu verweisen, daß die hinsichtlich der Umsetzung des Situationsansatzes geforderten Rahmenbedingungen nach besserem Personalschlüssel, nach Ausbildungsreform und unterstützender Fachberatung politisch nicht umgesetzt wurden. Überdies wurde politisch keine Verantwortung für die Implementation in Regeleinrichtungen übernommen. Insofern beschreibt eine einseitige Betrachtung der Praxis nur unzureichend den problematischen Prozeß des Situationsansatzes (vgl. Schneider, 1998).

Dennoch: Gerade die seit Mitte der neunziger Jahre vorgetragene Kritik ist aber in ihrer Reichweite so grundsätzlich, daß eine Überprüfung auch für die AWO zwingend sein dürfte. So deutet Schäfer (1995 und 1997) auf die mangelnde Berücksichtigung kindlicher Wahrnehmung im Situationsansatz hin. Krappmann (1995) fragt „Reicht der Situationsansatz?“, und klagt gleichzeitig die fehlende Berücksichtigung der entwicklungspsychologisch bedingten Besonderheiten des einzelnen Kindes ein.

Verweist dieses Problem in seiner Handlungsdimension auf die fehlende theoretische Bin-

nenstrukturierung von Planung und Alltag, so verdeutlicht Larra (1995) die unzureichende Genauigkeit des Ansatzes hinsichtlich dessen, was nun eigentlich eine Situation kennzeichnet (vgl. Larra, 1995). Dies könnte nicht unwesentlich ein Indikator für die fehlende Anwendung des Situationsansatzes in der Praxis sein (vgl. Hoffmann, 1998). Hinzu kommen Abwandlungen, wie die Schriften von Krenz, in denen die Grunddimensionen des Situationsansatzes bis zur Unkenntlichkeit variiert werden und damit zur Verwirrung beitragen könnten. Letztlich wird in der neuerlichen Diskussion um die Definition eines Bildungsauftrages des Kindergartens die Rückbindung des Ansatzes an anthropologische Grundmodelle gefordert (vgl. Laewen, 1997; vgl. auch Hoffmann, 1998 b). Allein die hier nur punktuell dargestellte Kritik läßt zumindest auch in der Arbeiterwohlfahrt eine Diskussion um den Ansatz erwarten. Dies um so mehr, als die AWO bereits 1994 den Erziehungs- und Bildungsnotstand proklamierte (vgl. Hoffmann/Merkel/Schmitt-Wenkebach, 1994) und die 1997 herausgegebenen „Grundpositionen der Arbeiterwohlfahrt für die Arbeit in Tageseinrichtungen für Kinder“ zum ersten Mal den Ansatz nicht mehr explizit privilegieren (vgl. AWO Bundesverband, 1997). Für die AWO könnte es daher sinnvoll sein, zu evaluieren, inwieweit der Situationsansatz wirklich Teil der realen Pädagogik ist und nicht nur Teil von Konzeptionen. Das wiederum heißt zu untersuchen, was verstehen Fachkräfte unter dem Situationsansatz, was macht die Umsetzung schwierig, aber selbstverständlich auch eine genaue Analyse dessen, was wirklich geschieht.

Pointiert könnte formuliert werden: Nachdem der Situationsansatz über Jahre als „heilige Kuh“ die Fachpolitik konzeptionell dominierte, ist er nach seiner Stabilisierung kritikfähig geworden. Für die Arbeiterwohlfahrt ist eine solche Diskussion in zweierlei Hinsicht von Be-



deutung: Einerseits hat sich die Arbeiterwohlfahrt seit den Reformversuchen in den siebziger Jahren eindeutig für den Situationsansatz ausgesprochen. Andererseits erscheint anhand der analysierten Einrichtungskonzeptionen die Frage relevant, ob sich wirklich alle Konzepte unter dem Label des Situationsansatzes fassen lassen. Wenn z. B. Schwerpunktsetzungen stattfinden in Richtung naturverbundene Kindergärten, musische Kindergärten usw., so ist doch hier zumindest auf der konzeptionellen Ebene eher ein Situationsbegriff zu finden, der sich an der normativen Setzung des Schwerpunktes orientiert, als an den realen Lebenssituationen der Kinder. Das heißt aber letztlich künstliches Schaffen von Lebenssituationen. Inwieweit hier nicht eine sehr weitgehende Interpretation des Situationsansatzes vorliegt, müßte daher geprüft werden. Dies macht dann aber im Zweifelsfall eine Wertentscheidung notwendig, nämlich zwischen der Wahl, verbandsübergreifend für einen Ansatz einzutreten oder aber sich für die konzeptionelle Autonomie als verbandspolitische Linie zu entscheiden.

Eine Chance zu dieser Klärung liegt vor allem in der Diskussion um Qualität in Kindertageseinrichtungen (vgl. Fthenakis, 1998). Diese wiederum wird einerseits durch Verwaltungsreformen im Rahmen der Debatte um neue Steuerungsmodelle forciert, die es eben nicht bei der Bezuschussung allein bewenden lassen will, sondern den „Output“, also das Verhältnis zwischen Ziel und tatsächlich geleisteter Arbeit, zu messen beansprucht (vgl. Diller, 1997; vgl. auch Dupuis, 1997).

Andererseits dürfte aber auch die Umsetzung des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz, wie er von der Arbeiterwohlfahrt immer wieder gefordert wurde (vgl. AWO BV, 1994) und wie er im Rahmen des Schwangeren- und Familienhilfegesetzes ab 1. Januar 1996 gilt, ein wesentlicher Faktor für die Dynamik im

Kindergartenbereich sein: ist doch mit ihm im Kindergartenbereich zum ersten Mal in der gesamten Bundesrepublik eine 100ige Versorgung gesichert. Das wiederum hat zur Folge, daß sich bereits 1997 regional Überversorgungen feststellen lassen und damit Einrichtungen in den Wettbewerb treten. Wenngleich sich die AWO gegen eine „Reduzierung der freien Träger auf die Funktion von konkurrierenden Leistungsanbietern“ wehrt (Position, 1997, 23) und damit ihre sozialpolitische Funktion auch als Lobby für Familien und ihre Kinder betont, so ist eine Zuspitzung dieses Problems unverkennbar: Wenn Eltern durch Überangebot an Kindergartenplätzen über Konsumentensouveränität verfügen, entsteht faktisch Konkurrenz und damit auch Druck auf die Arbeiterwohlfahrt als Träger. Diese Entwicklung ist nicht loszulösen von den fachpolitischen Positionen im Achten Jugendbericht und im Kinder- und Jugendhilfegesetz. Jugendhilfe hat hier durch die Beschreibung der Strukturmaximen und des Dienstleistungscharakters selbst an einer leistungsorientierten Bewertung ihrer Arbeit mitgewirkt. Insofern sind die heutigen Diskussionen eben nicht nur ein Produkt der Spardiskussion, sondern auch eine Folge der eigenen Theorie. Daß die AWO in ihren neuen Grundpositionen zu Tageseinrichtungen für Kinder diese Entwicklungen als „neue Etappe“ kennzeichnet, macht den fundamentalen Einschnitt der gegenwärtigen Diskussionen in die traditionelle Kindergartenlandschaft deutlich. Was heißt das aber konkret für die Arbeiterwohlfahrt als Verband?

6.4 Was tun? – Ein fachpolitischer Ausblick

Folgt man der Qualitätsdiskussion, so läßt sich in Anschluß an Tietze/Schuster/Roßbach (1997) eine Aufteilung der pädagogischen Qualität im Kindergarten in Strukturqualität,



Pädagogische Prozeßqualität, Orientierungsqualität vornehmen:

„Pädagogische Prozeßqualität bezieht sich dabei auf das Gesamt der Interaktionen und Erfahrungen, die das Kind im Kindergarten mit seiner sozialen und räumlich materialen Umwelt macht. In der Prozeßqualität spiegeln sich die dynamischen Aspekte des Kindergartenalltags, wie sie täglich erfahren werden. (. . .)

Diese pädagogischen Prozesse finden unter pädagogischen Strukturbedingungen statt, die im Regelfall einer bestimmten Qualität vorgegeben sind. Unter Strukturqualität können somit situationsunabhängige, zeitlich stabile Rahmenbedingungen der Kindergartengruppe und des Kindergartens verstanden werden, innerhalb derer sich Prozeßqualität als dynamischer Aspekt pädagogischer Qualität vollzieht und von denen sie beeinflussbar wird. (. . .)

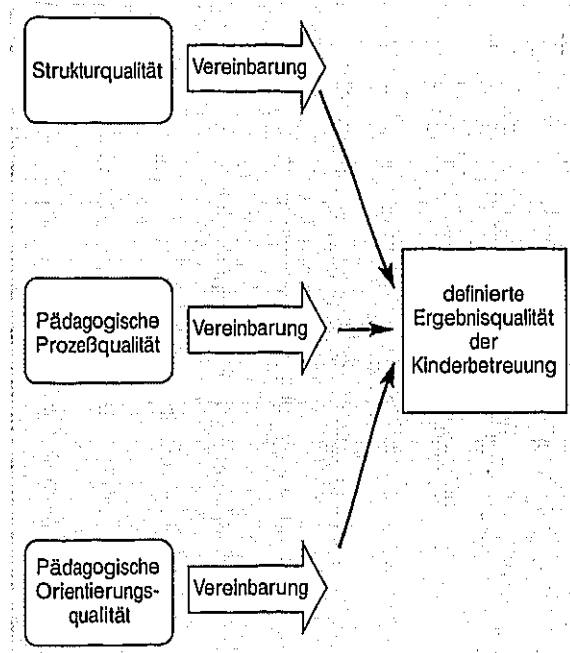
Pädagogische Orientierungsqualität bezieht sich auf die pädagogischen Vorstellungen, Werte und Überzeugungen der an den pädagogischen Prozessen beteiligten Erwachsenen“

(Tietze/Schuster/Roßbach, 1997, 7 f.).

Im Rahmen dieser Definition manifestiert sich auch das jeweilige Trägerprofil, wobei zu berücksichtigen ist – nimmt man die Qualitätsdebatte auf –, daß das Trägerprofil eben viel stärker fachlich überprüfbar wird. Oder anders: Unterschiedliche Trägerschaften von Kindertageseinrichtungen garantieren ohne individuelles Profil längst keine Pluralität. Nimmt man die gegenwärtige Diskussion um neue Steuerungsmodelle hinzu, so wäre die Aufgabe der Träger mit den unterschiedlichen Kunden, nämlich Jugendamt und Eltern eine Vereinbarung zu treffen, die die Definition von pädagogischer Prozeßqualität, Strukturqualität und pädagogischer Orientierungsqualität voraus-

setzt. Diese Vereinbarung wäre dann die angestrebte Ergebnisqualität von Kinderbetreuung:

Abb. 10: Dimensionen von pädagogischer Qualität und Dienstleistungsqualität in der Kinderbetreuung



Auch die Arbeiterwohlfahrt orientiert sich an diesen Qualitätsbegriffen. Allerdings integriert sie die Orientierungsqualität unter die Strukturqualität. Sie betont damit, daß die Orientierung des Personals Teil der Strukturqualität ist. Integriert man in diesem Sinne folglich die Qualitätsdebatte und die Dienstleistungsdebatte, so wird deutlich, daß den jeweiligen Anbietern von Kinderbetreuung – hier die Arbeiterwohlfahrt – neue Definitionskataloge ihres Qualitätsprofils ins Haus stehen, die sie den o. g. Kunden anbieten können, um letztlich überhaupt „Kontraktmanagement-fähig“ zu sein (vgl. auch Kulbach/Wohlfahrt, 1996, S. 61 ff.). Mit den neuen Grundpositionen von 1997 stellt sich die Arbeiterwohlfahrt auf diese Entwicklung ein, wenn sie formuliert:

„Die fachliche Arbeit verbindet die Grundwerte des Verbandes mit dem Auftrag des KJHGs und den Prinzipien wirtschaftlichen



Handelns. Die Qualität mißt sich an ihrem Beitrag zur Optimierung der Lebensbedingungen für Kinder und Eltern“

(AWO BV, 1997).

Hierbei wiederum ist zu berücksichtigen, daß sich der Einfluß des Verbandes auf die unterschiedlichen Qualitätsbegriffe eben auch unterschiedlich gestaltet. Dennoch: In allen drei Bereichen bestehen Handlungsspielräume, die es auszufüllen gilt und die vor dem Hintergrund der Geschichte der AWO spezifische Problemlagen dokumentieren. Die Lösung dafür kann letztlich nur in einer historisch anschließfähigen Gestaltung der variablen Punkte in den Qualitätsbereichen sein:

1. Prozeßqualität

Der Bereich der Prozeßqualität ist z. B. dem Verband direkt gar nicht zugänglich. Hier hat er nur indirekten Einfluß über die Erzieherin. Soll aber dieser elementare Bereich Teil eines qualitativ definierten und letztlich auch ansatzweise steuerbaren Profiles der AWO werden, erscheint es notwendig, erst einmal genauer zu fragen: Was passiert in den Einrichtungen überhaupt? Also: auf dem Weg zu einer Soll-Formel den Ist-Stand analysieren. Nur darüber ist letztlich erkennbar, inwieweit und in welcher Form Aus-, Fort- und Weiterbildung zu verändern wäre, wenn man sie nach seinen Vorstellungen gestalten wollte. Eine Evaluation des Vorhandenen ist also dringend notwendig. Die Frage dazu wäre: Erkennt man am pädagogischen Prozeß, daß man sich in einer AWO-Einrichtung befindet? Will man also letztlich nicht auf ein von außen in die Einrichtungen hinein dirigiertes Qualitätssicherungsverfahren etablieren und statt dessen in der Tradition des Verbandes ein auf Autonomie und Partizipation gerichtetes Qualitätsentwicklungsverfahren setzen, so ist eine Bestands-

aufnahme der gegenwärtigen Ressourcen geradezu zwingend. Das heißt, Voraussetzung für die Erreichung von Qualitätsstandards, die nach Ansicht der AWO vor dem Hintergrund der fach- und sozialpolitischen Werte Solidarität, Gerechtigkeit, Toleranz und Freiheit zu entwickeln sind (vgl. AWO BV, 1998), ist eine Evaluation des Bestehenden. Dies gilt auch für die von der AWO geforderten Schlüsselqualifikationen für die Erziehungs- und Bildungsarbeit mit Kindern als Standards für die Prozeßqualität (vgl. AWO BV, 1998):

- Mitarbeiter/innen verfügen über ein theoriegeleitetes Handlungsverständnis.
- Mitarbeiter/innen knüpfen an den Lebensbedingungen von Kindern an.
- Mitarbeiter/innen planen ihre Arbeit nach einem lebensweltorientierten Ansatz.
- Mitarbeiter/innen verfügen über methodisch-didaktische Kompetenzen bei der Gestaltung des Tagesablaufes.
- Mitarbeiter/innen unterstützen die individuellen Lern- und Entwicklungsprozesse der Kinder.
- Mitarbeiter/innen fördern emanzipatorisches Rollenverhalten.
- Mitarbeiter/innen gestalten soziale Lernprozesse in der Gruppe.
- Mitarbeiter/innen arbeiten mit interkulturellen Konzepten.
- Mitarbeiter/innen befähigen Kinder zur Partizipation.
- Mitarbeiter/innen verstehen und akzeptieren unterschiedliche Lebensverhältnisse von Eltern.
- Mitarbeiter/innen verstehen Eltern als gleichberechtigte Partner und berücksichtigen die Anliegen von Eltern.
- Mitarbeiter/innen arbeiten kooperativ mit Eltern im Interesse der Kinder.
- Mitarbeiter/innen sind kommunikationsfähig.



- Mitarbeiter/innen sind kritik- und konfliktfähig.
- Mitarbeiter/innen sind veränderungsbereit.

Dies sind lediglich Standards der Prozeßqualität, die evaluiert werden müssen, wenn man die Prozesse beurteilen will.

2. Strukturqualität

Auch der Bereich der Strukturqualität, worunter die AWO sowohl die stark gesetzlich fixierten Rahmenbedingungen wie Gruppengrößen, Personalschlüssel usw. als auch die verbandsspezifischen Rahmenbedingungen, also auch das ideologische Gerüst versteht, ist dem Verband unterschiedlich zugänglich. Einerseits verstand sich die AWO immer auch als sozialpolitische Lobby für Kindertageseinrichtungen. Insofern bestehen auch im Rahmen der gesetzlich festgelegten Rahmenbedingungen erhebliche Möglichkeiten des Einflusses, z. B. im Ausbildungsbereich: Ausbildung und berufliches Know-how sind elementare Faktoren der Strukturqualität. Hier stellt sich für die Arbeiterwohlfahrt die Frage, inwieweit sie stärker Einfluß nehmen will. Mit der Eröffnung einer Fachschule für Sozialpädagogik in Bielefeld ist ein solcher erster Schritt getan. Fraglich muß aber bleiben, ob die Expansion der Einrichtungen im Arbeitsfeld nicht von einer Expansion der eigenen Ausbildungsstätten begleitet werden müßte. Überdies wären andere Kooperationsformen denkbar: Äquivalent zur Unterstützung der Studierenden in den sechziger Jahren wäre z. B. darüber nachzudenken, wie das Arbeitsfeld Tageseinrichtung für Kinder näher an die Studierenden herankommen kann. Fachberatung, aber auch institutionalisierte direkte Kontakte der Einrichtungen zur Fachschule oder Fachakademie über die Praktika- und Prüfungskontakte hinaus könnten eine Möglichkeit sein, einerseits Einfluß zu

gewinnen und andererseits besonders qualifiziertes Personal an sich zu binden.

Ein weiterer Faktor in der Strukturqualität ist das tatsächliche Angebotssetting einer jeden Einrichtung. Die Dienstleistungsdebatte, in der es ja vornehmlich darum geht, Kundenwünsche stärker als früher zu berücksichtigen, thematisiert genau diesen Aspekt, nämlich die Verbesserung der Versorgungsqualität durch flexible Angebote (vgl. Hoffmann/Rauschenbach, 1997; Diller, 1996). Gerade hier zeigt sich bei der Arbeiterwohlfahrt eine lange Tradition, da sie schon immer für Ganztagsplätze und auch für Plätze für Kinder aller Altersgruppen eingetreten ist. Mit dem neuen Kinder- und Jugendhilfegesetz wird diese Position dazu ausdrücklich gestärkt, wenn dort gefordert wird, positive Lebensbedingungen für Kinder und ihre Familien zu schaffen. Ihre besondere Bedeutung erfährt diese Maxime dann in § 74 Abs. 4. Hier wird festgelegt, bei sonst gleich geeigneten Maßnahmen solchen den Vorzug zu geben, die stärker an den Interessen der Betroffenen orientiert sind und deren Einflußnahme auf die Ausgestaltung gewährleisten. Dieses Paradigma der Beteiligung und Mitbestimmung, wie es die sozialdemokratische Bewegung immer wieder gefordert hat und das Teil der Qualitätsstandards der AWO-Kindereinrichtungen ist, ist hiermit zu einem gesetzlich fixierten Grundsatz von Jugendhilfe und damit auch für die Bedarfsplanung der Kindertageseinrichtungen geworden. Gerade dies könnte aber für die AWO vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Veränderungen eine erhebliche Möglichkeit sein, ihre Ideologie und die Realität in Einrichtungen im Rahmen der Strukturqualität anzunähern. Schließlich verändern sich Realitäten von Kindern und Familien täglich. Dabei geht es nicht nur um Kindheit als Medienkindheit, Kindheit als Konsumkindheit usw. Es zeigt sich eine weitere Tendenz: Kinder nehmen im-



mer weniger am Erwachsenenleben teil. Zwei Beispiele:

Ein großer Teil der beruflich tätigen Bevölkerung geht nicht mehr einem Job nach, der in der Kernarbeitszeit liegt. Der Großteil dieser Berufe, nicht Tätigkeiten, wird von Frauen ausgeführt. Und ein Großteil ist nicht Schichtdienst, sondern Normalarbeitszeit. Die Liste dieser Berufe ist lang, nur als Beispiel: Einzelhandelskauffrau – da wird es am deutlichsten: Heute öffnen bereits im Bundesgebiet 80 % aller Kaufhäuser in den Innenstädten zwischen 9.30 und 10 Uhr. Viele andere Berufe sind von veränderten Dienstzeiten betroffen: Bus- und U-Bahn-Personal, Briefpersonal im Abend- und Nachtdienst, Mitarbeiterinnen in Freizeittreffs, Kolleginnen in der Erwachsenenbildung (z. B. Volkshochschulen), Krankenhäuser, Altenpflege, Mitarbeiterinnen in virtuellen Systemen, z. B. Telefonbanking usw., Ärztinnen, Hotel- und Gaststättengewerbe. Dieser Trend geht weiter: So denken z. B. Banken und Sparkassen über Samstagdienste nach. Was man also feststellen kann, ist eine über alle Qualifizierungsstufen gehende Ausweitung der Arbeitszeiten. Man könnte auch sagen: Der Normalarbeitstag ist tot. Die damit verbundene gleichzeitige Entwicklung ist, daß Eltern sehr unterschiedlich Zeit für ihre Kinder haben. Provokativ als denkbare zukünftige Tendenz: Kita ist, wenn die Eltern frei haben.

Hinzu kommen Veränderungen in der familiären Struktur, wie die Zunahme alleinerziehender Eltern, die besondere zeitliche Abstimmungsprobleme haben. Andererseits ist dies kein originäres Phänomen alleinerziehender Eltern. Zunehmend brauchen auch berufstätige Paare mit Kindern Hilfe. Das zeigt sich dann neben der Kita: Tagesmütterboom, Spielkreiseboom, Baby-sitting-Börsen (Privatorganisationen), Eltern-Kind-Urlaub-Boom und vieles mehr. Die Liste ließe sich noch weit ergänzen.

Beides zusammen könnte vielleicht den heimlichen Glauben vieler der in der Jugendhilfe Tätigen bestätigen, nämlich, daß Eltern endlos Betreuung wünschen. Gerade dies wird aber zur Zeit an vielen Stellen widerlegt. Differenzierte und nicht endlose Angebote sind gefordert: Vielleicht sechs Stunden morgens plus ambulante Hilfe am Abend. Eine gleichermaßen differenzierte Jugendhilfeplanung würde hier Aufschluß geben.

Jugendhilfe und schon gar nicht die Kindertageseinrichtungen allein bieten entsprechende Lösungshilfen an, obgleich es ihre Aufgabe nach KJHG wäre. Die Folge: Private Anbieter besetzen die oben aufgezeichneten Märkte. Die Konsequenz der oben beschriebenen Entwicklung zeigt sich dann in einem bildungswie versorgungspolitischen Defizit.

Einerseits werden Kindern elementare Bildungsmöglichkeiten, die das Leben bietet, entzogen: Einkauf, Versorgung, Alltagsorganisation, Bank, Post, aber auch Computerdienste, schlicht Erfahrungen mit der Erwachsenenwelt, all das bekommen Kinder kaum noch mit. Dieses strukturelle Defizit im Bildungsangebot auszugleichen, ist elementare Aufgabe von Kindertageseinrichtungen. Es geht eben nicht um familiäre Erziehung auf der einen Seite und institutionelle Erziehung auf der anderen Seite. Es geht genau um die Verknüpfung der beiden mit der sozialen Lebenswelt (vgl. Krappmann, 1996).

Auf die Großzahl der Kindertageseinrichtungen bezogen bedeutet dies: Erstens reagieren die bestehenden Angebote nicht auf die oben aufgezeigten Veränderungen der Familien. Der Kita-Alltag läuft immer noch so, als gäbe es diesen veränderten Alltag nicht. Selbst wenn man konstatiert, daß aus bildungspolitischer Sicht ein Kindergarten für alle Kinder wichtig ist, heißt das ja nicht, daß sein Angebot nicht auch sechsstündig zwischen 12 und 18 Uhr liegen könnte.



Und andererseits: Im Rahmen ihrer Möglichkeiten überlassen Kindertageseinrichtungen Laien Anbietern für teures Geld Arbeitsfelder, die elementar fachlich zu bedienen wären. Eltern und Kinder würden aber von dieser Fachlichkeit profitieren.

Soll § 74 KJHG nun Realität werden, so sind flexiblere Formen Pflicht. So könnten folgende Modelle in einer Kita doch zumindest denkbar und diskutierbar sein (vgl. Fünf Bausteine, 1997):

- Kindergarten-Vormittagsgruppe (7.30 bis 12.30)
- Kindergartengruppe mit durchgehender Betreuung bis 14 Uhr
- Kindergarten-Ganztagsgruppe
- Kindergartenganztagsgruppe mit verspätetem Anfangsbeginn und durchgehender Mittagsbetreuung (9 bis 16 Uhr)
- Kindergartenganztagsgruppe mit verspätetem Anfangsbeginn (z. B. 12 bis 18 Uhr)
- Nachmittagsgruppen von 14 bis 18 Uhr.

Mischungen wären überdies kein Problem. In diesem Zusammenhang bekommt die von der Arbeiterwohlfahrt initiierte Kinderhausdebatte in den achtziger Jahren neue Aktualität.

Eine offene Frage wäre die fachliche Absicherung einer solchen Angebotsform, die überprüft werden müßte. Daß mit einer solchen Veränderung der Anteil an Organisation und Planung zunehmen könnte, ist unstrittig. In der Tat könnte die Erzieherin, die „nur noch“ erzieht, in der Zukunft der Vergangenheit angehören.

Flexibilisierung der Öffnungszeiten befriedigt aber nicht allein den Bedarf. Das zeigt auch der Boom von Zertifizierungsgesellschaften im Sozial- und Gesundheitsbereich. Diese könnten genau diese Lücke füllen, nämlich Einrichtungen zu garantieren, die individuell auf die Lebenslagen der Kinder und ihrer Familien eingehen. Es entsteht also, vor allem wegen

einer defizitären Situation, aber auch wegen regionalem Überschuß an Plätzen im Kitabereich, Wettbewerb. Gerade die Verknüpfung mit sozialen Dienstleistungen könnte hier den Weg für gleichzeitigen Ausbau und Effektivisierung weisen.

Hier lassen sich Beispiele aus der Wirtschaft heranziehen: Metzger und Bäcker in einem Haus, um Wege zu verkürzen; die Eintrittskarte in das Theater mit integriertem Fahrausweis, um die Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs zu stärken und gleichzeitig Erleichterungen für die Kunden zu bieten. Man kann kaum bezweifeln, daß dies auch dem Kunden und der Kundin zugute kommt. Hier sind auch im sozialen und Gesundheitsbereich verstärkt synergetische Effekte anzustreben. Ärztehäuser zeigen solche Perspektiven auf, wenn z. B. die Eltern und Kinder gleichzeitig zum Arzt gehen können, weil unterschiedliche Fachärzte in einem Haus kooperieren. Ähnliches ist auch für den Kinderbetreuungsbereich im Rahmen konzeptioneller Öffnung denkbar:

- Abhol- und Bringservice z. B. durch Zivildienstleistende
- Wochenend- und Urlaubsangebote für Familien mit Kindern
- Familienbildungsangebote in der Kindertageseinrichtung
- Tagesmutterbörse
- Babysitting-Börse
- Spielgruppen für Schulkinder
- Rückbindung von Ehrenamtlichkeit: Beispiel: Rentner und Rentnerinnen gehen mit Kindern einkaufen. Im Austausch dafür nutzen sie abends und am Wochenende die Räume der Kita. Geben und Nehmen wird hiermit zum Prinzip.
- Stärkere Einbindung der Eltern auch gegen Bezahlung z. B.: Kursangebote der Eltern für andere Eltern, für ältere Kinder.



- Oder aber: Kursangebote durch ältere Kinder: Computerkurse für Erwachsene organisiert durch Hortkinder.

Letzteres verweist auf einen anderen Aspekt: Warum Erzieherinnen nicht mit ihren Kompetenzen an der wirtschaftlichen Seite der Einrichtung beteiligen? Der Erziehungs- und Bildungseffekt ist hier nicht ansatzweise ausgereizt. Bereits jetzt schon würde eine Untersuchung ergeben, daß die oben genannten Bereiche Dienstleistungen sind, für die Eltern heute bereits enorm viel Geld ausgeben. Diese Leistungen könnten Erzieherinnen besser und mit ihren Ressourcen billiger organisieren. Warum zum Aufbau nicht eine ABM-Kraft organisieren, die Teile solcher Aufgaben kostendeckend aufbaut? Sicher ist hierbei zu berücksichtigen, daß dies keine gesicherte Finanzierung ist, aber andererseits spiegelt dies genau die Politik der AWO: Gegenwärtig mögliche Ressourcen nutzen und politisch gleichzeitig auf Verbesserung der Rahmenbedingungen zu setzen. Dabei sind solche ABM-Lösungen allenfalls pragmatische Hilfen, um modellhafte Neuerungen in der Öffentlichkeit einzuführen und bekannt zu machen.

Selbstverständlich muß dies mit Beratung und Planung einhergehen. Hier wäre dann Fachberatung und Organisationsberatung gefragt. Aber auch da dürfte klar sein, daß sich diese Expansion finanzieren ließe, wenn man die oben genannten Privatinvestitionen abschöpfen könnte.

Fazit: In jeweils spezifisch auf einzelne Einrichtungen abgestimmten Angeboten könnte eine Möglichkeit der Verknüpfung von bisher nicht geleisteten Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungsaufgaben entstehen, die sowohl Eltern, Kindern als auch den Erzieherinnen Vorteile bringen. Für die AWO als Verband sind solche Entwicklungen besonders kompatibel mit der eigenen Geschichte: Dieses vor dem Hintergrund der heute bereits bestehenden Prinzipien

en „ganztags“ und „weitestgehend altersgemischt“ neu zu definieren, könnte erhebliche Struktur- und damit Standortvorteile bringen (vgl. auch TuP Spezial, 3/96). Dies wird wiederum nicht unwesentlich davon abhängen, inwieweit die dezentral organisierten Einrichtungen solche Formen übernehmen und inwieweit auch für Erzieherinnen Anreize für eine solche Weiterentwicklung geschaffen werden.

Im Rahmen der Strukturqualität thematisiert die AWO aber nicht nur das Angebotssetting und deren Rahmenbedingungen, sondern auch die Wertvorstellungen des Trägers und seines Personals. Inwieweit es der AWO als Organisation gelingt, Erzieherinnen in den Einrichtungen zum bewußten Handeln nach diesen Grundsätzen zu überzeugen, wäre einer eigenen Studie wert. Ungeachtet dieser Frage ist es notwendig, das Erziehungs- und Bildungsverständnis weiter zu präzisieren, denn insbesondere daran läßt sich das Profil des Verbandes für seine pädagogische Arbeit erkennen. Will man nicht die sozialpolitische Bedeutung der Kindertageseinrichtungen mittelfristig über eine einseitige Profilierung des Versorgungsaspektes überbetonen und damit auch rein ökonomisch fixierten Kräften das Feld überlassen, ist eine Verknüpfung der gegenwärtigen Positionen Diskussionen notwendig: Ein genauer definiertes Erziehungs- und Bildungsverständnis muß verbunden werden mit einem flexibel und qualitativ hochwertigen Angebotssetting, das die Entwicklungsbedürfnisse von Kindern und die Wünsche und Erwartungen der Eltern berücksichtigt. Dazu gehört auch genauer zu untersuchen, was Kinder eigentlich selbst in ihrem Alltag wollen und tun. In diesem Setting können die Grundpositionen der AWO, die sie ideologisch favorisiert und die ihre Geschichte der Kindergartenarbeit prägten, präzisiert und das Profil der Tageseinrichtungen für Kinder zukunftsorientiert weiterentwickelt werden.



- ¹ Deutscher Caritasverband, Diakonisches Werk der EKD, Deutsches Rotes Kreuz, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband.
- ² Dies steht im Gegensatz z. B. zu einer Trennung in Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien.
- ³ Diesen programmatischen Äußerungen fügte der sozialdemokratische Pädagoge Adolf Douai die Forderung nach Einrichtung von Muster-Kindergärten hinzu, die von Pädagogen und Pädagoginnen gleichermaßen betreut und wohnortnah gebaut werden sollten. An den vorher genannten Grundforderungen hielt auch er fest.
- ⁴ Ein ausführlichere Beschreibung der unterschiedlichen Familien- und Erziehungsbegriffe findet sich in Hoffmann, 1994.
- ⁵ Die SPD selbst trat für ein Kinderarbeitsverbot für alle Kinder unter 14 Jahren ein.
- ⁶ Otto Rühle wechselte später zur KAPD, einer Partei, die den Rätekommunismus forderte.
- ⁷ Die Gewerkschaften schlossen mit Kapitaleignern einen Vertrag, in dem den Arbeitern der Achtstundentag zugesichert wurde. Dafür versicherten die Gewerkschaften, auf eine Enteignungspolitik zu verzichten (vgl. Abendroth, 1978).
- ⁸ Marie Juchacz Hinweis darauf, daß sozialdemokratische Frauen plötzlich im Krieg in der Wohlfahrtspflege "umworben" wurden, ignoriert zumindest, daß die sozialdemokratischen Männer im Reichstag die Kriegskredite befürwortet hatten und damit zumindest moralische Mitverantwortung für die Folgen trugen.
- ⁹ Hierbei ist zu berücksichtigen, daß dieser Wechsel zum Beispiel von den Frauen, die zur KPD überwechselten, nicht vollzogen wurde.
- ¹⁰ Was heute in der Presse nicht selten als sozialdemokratischer Filz deklariert wird, war zu Beginn der Weimarer Republik öffentlich deklarierte Strategie. Die Beurteilung, ob dies eine Verschiebung der Bewertungskriterien der Beobachtenden ist oder aber eine letztlich nur oberflächlich gehandhabte Politik einer Partei, der die Strategie in dieser Hinsicht abhanden gekommen ist, erscheint zumindest untersuchenswert. Dies ist um so interessanter als in der Weimarer Republik die Protektion über die Verknüpfung von Ideologie und Profession gesteuert werden sollte.
- ¹¹ Dies kann auch an der Quellensituation liegen: Einerseits war die Arbeiterwohlfahrt nicht zentralistisch organisiert und in den Ortsverbänden bestand hinsichtlich der Frage der Angebote Autonomie. Andererseits ist viel Material über die Arbeiterwohlfahrt mit der Übernahme durch die NS-Volkswohlfahrt vernichtet worden.
- ¹² Sieht man einmal davon ab, daß die Sozialdemokratie wesentlich daran beteiligt war, daß überhaupt eine gesetzliche Regelung gefunden wurde.
- ¹³ Um so erstaunlicher erscheint die Bewertung von Elfriede Eilers (1986, 11), damalige stellvertretende Bundesvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt, aus dem Jahr 1986, die gerade in einer Broschüre zum Kindergarten darauf hinweist, daß das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz, welches durch die Reichsschulkonferenz vorbereitet worden ist, "maßgeblich mit von Sozialdemokraten, die zugleich in der AW arbeiteten, formuliert" worden ist. Denn auch in dem später verabschiedeten Gesetz findet sich zum Kindergarten keine sozialdemokratische Position (vgl. hierzu Hoffmann, 1994, 65ff.).
- ¹⁴ Der Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde gehörten auch der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, die Arbeitsgemeinschaft der Berliner Kinderfreunde, der Verband sozialistischer Lehrer, der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die Zentrale der Arbeiterjugend und das Zentralbildungssekretariat der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands an.
- ¹⁵ Ein ähnliches Phänomen dürfte auch in der KPD zu analysieren sein. Auch hier dogmatisierten sich die Positionen und Clara Zetkin verlor mit ihren erzieherischen Grundsätzen zunehmend ihre Vormachtstellung in diesen Fragen.
- ¹⁶ Julie Ermiler erwähnt in ihrem Buch "Der Kindergarten - Kindergärtnerin, Hortnerin, Jugendleiterin" 3 Krippen (225) [108], 10 Kindergärten (541-7) [1865], 15 Kinderhorte (853) [74] der AW für das Jahr 1933, aber noch vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten. Im übrigen gibt auch Julie Ermiler 1933 schon an, daß entgegen der relativ vollständigen Angaben anderer Träger von der Arbeiterwohlfahrt keine ausführlichen Daten vorlagen.



- 17 Wenngleich sich die Äußerungen Susanne Hirschbergs auf den Hort beziehen, so verweist sie im Text doch ausdrücklich darauf, daß es sich um eine grundsätzliche Stellungnahme zur Erziehung handelt.
- 18 Damit soll an dieser Stelle nicht der Eindruck vermittelt werden, als sei eine Erziehung ohne Ideologie und Werte möglich. Die heutige Diskussion, z.B. um Lebensweltorientierung, manifestiert sich ebenso in Werten und Ideologien, nur eben primär an der Gegenwart und nicht an der Zukunft der Kinder orientiert.
- 19 Wenngleich an dieser Stelle betont werden muß, daß programmatisch der Vorrang des Staates und der Kommunen eindeutig festgelegt war, z. B. im Grundsatzprogramm von 1988 (vgl. Humanitäres Handeln, 1988, 6).
- 20 Aus marxistischer Sicht wird das Wohlfahrtssystem und damit auch die Arbeiterwohlfahrt als Eckpfeiler des Kapitalismus kritisiert: „Äußerungen und Selbstdarstellungen werden dann zeigen, daß sie sich als Erfüllungsgehilfen des Kapitals bewähren, wobei die Konfessionen in schöner Harmonie von der Arbeiterwohlfahrt ergänzt werden“ (Ahlheim, 1979, 195).
- 21 Ausnahme waren hier lediglich die wenigen konfessionellen Einrichtungen. Zur Entwicklung in der DDR siehe auch S. 51–57 dieser Arbeit.
- 22 Damit lag die AWO noch hinter der Forderung des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen, der 1957 eine Gruppenstärke von höchstens 15 Kindern forderte (vgl. Empfehlungen, 1966). Und auch hinsichtlich der Gesamtbelegungszahlen blieben die Forderungen der AWO im Rahmen der Infrastruktur in der Bundesrepublik. Allerdings divergierten die Durchschnittszahlen in den einzelnen Bundesländern erheblich: Während die Durchschnittsbelegung in Hessen etwa bei 220 Kindern lag, waren in Westberlin nur ungefähr 40 Kinder in einer Kindertagesstätte. Der nächstniedrige Wert gegenüber Hessen, welches, gemessen an der Bevölkerungszahl, eine gute Versorgung mit Kindertagesstätten zu diesem Zeitpunkt aufwies, lag in Bremen mit etwa 81 Kindern pro Kindertagesstätte. In allen anderen Ländern war die Belegung kleiner. Auf Bundesebene verteilten sich ungefähr 66 Kinder auf eine Kindertagesstätte (Zahlen errechnet nach Boltz, 1954).
- 23 Das heißt nicht, daß der Bildungsauftrag nicht betont wurde, sondern daß er nicht mehr mit gesellschaftlichen Zielstellungen verbunden wurde.
- 24 Mit Heimen sind hier auch Kindertagesstätten gemeint.
- 25 Wenngleich zu betonen bleibt, daß es auch zu dieser Zeit Bemühungen gab, z. B. durch Erika Hoffmann, den Kindergarten als sozialpädagogische Einrichtung für alle Kinder differenziert zu begründen (vgl. dazu Hebenstreit, 1980).
- 26 Die Ergebnisse basieren auf dem Forschungsprojekt „Kindergärten und Pädagogische Fachschulen in der DDR“, welches im Auftrag des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg an der Universität Dortmund durchgeführt wurde. Siehe dazu den Kommentar- und Dokumentenband von Höltershinken/Hoffmann/Prüfer 1997. Zur theoretischen Einführung der folgenden Ausführungen vergleiche auch Hoffmann, 1997.
- 27 In den Grundsätzen für die Erziehung im deutschen Kindergarten setzte die Sowjetische Militäradministration wesentliche Teile ihrer Vorstellungen auch gegen die Deutsche Verwaltung für Volksbildung durch, die unter starkem Einfluß der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) stand.
- 28 Die Verbindlichkeit dieser Zuordnung wird auch darin dokumentiert, daß die genannte Referentin noch im selben Jahr das weitgehend von der Sowjetischen Militäradministration durchgesetzte Modell in der Öffentlichkeit vertritt.
- 29 Dies zeigt wiederum, daß die DDR sich entgegen der Aussagen der Enquête-Kommission keineswegs darauf verlassen wollte, ausschließlich die Umwelt als Bildner anzusehen.
- 30 Aus Platzgründen muß an dieser Stelle auf Interviewauszüge verzichtet werden. Sie finden sich ausführlich innerhalb des Dokumententeiles in Höltershinken/Hoffmann/Prüfer 1997.
- 31 Die SPD koalierte seit dem 1. Dezember 1966 im Kabinett Kiesinger mit der CDU und hatte damit Regierungsverantwortung auf Bundesebene. Überdies war sie 1967 auch in sechs Landesregierungen vertreten.
- 32 Unter familienergänzende Bildungs- und Erziehungshilfen waren für den Vorschulbereich folgende Institutionen zu fassen: „1. für Kleinkinder: Halbtags- oder Ganztagskindergarten – 2. für Kinder arbeitender Mütter: – Krippe, Krabbelstube, Ganztagskindergarten . . . – Wochenheim (von montags bis freitags) – Heim zur vorübergehenden



Aufnahme kranker Kinder (evtl. an Tagesstätten angegliedert) . . . 3. Allgemeine Elternberatung: – durch Verwendung von unterrichtendem Material (z. B. Peter-Pelikan-Briefe) – durch Elternseminar, durch soziale Gruppenarbeit mit Eltern, durch Familienerholung, Familienfreizeit – durch Sonderveranstaltungen dieser Art für alleinstehende Mütter, für Pflege- und Adoptiveltern, für Erziehungsbeistände und Vormünder, für Eltern behinderter Kinder u. a. m.“ (Fachausschuß, 1966, 108).

- ³³ Fachkraft bedeutet in diesem Zusammenhang Kindergärtnerin oder Jugendleiterin.
- ³⁴ Beim Erprobungsprogramm handelt es sich um die Auswertung von Modellversuchen. Der Abschlußbericht (vgl. BLK, 1983) gibt auch Hinweise der Möglichkeiten für die Nutzung von Einrichtungen, die an diesen Versuchen nicht beteiligt waren.
- ³⁵ Der hier verwendete Begriff des Situationsansatzes bezieht sich – der spezifischen Unterschiede bewußt – auf die Ansätze „Curriculum Soziales Lernen“ der Arbeitsgruppe Vorschulerziehung beim Deutschen Jugendinstitut, auf das „Curriculum Elementare Sozialerziehung“ (Fr. Oerl u. a.) und die Arbeitshilfen des Landes Nordrhein-Westfalen (vgl. Höltershinken, 1994, 32–36). Die Arbeiten von Armin Krenz werden an dieser Stelle nicht berücksichtigt, weil sie die theoretischen Positionen des Situationsansatzes vernachlässigen und überdies das Grundkonzept kaum noch erkennen lassen. Insofern hält der Autor (H. H.) diese Arbeiten für eine gelungene Anleitung, die Grundlagen des Situationsansatzes zu verwässern. Zur theoretischen Begründung des Situationsansatzes siehe Laewen/Neumann/Zimmer, 1997; zur praktischen Umsetzung Colberg-Schrader/Krug/Pelzer, 1991.
- ³⁶ Dabei ist zu betonen, daß den beteiligten Einrichtungen lediglich für überregionale und regionale Fortbildungstreffen und Möglichkeiten zum Erfahrungsaustausch zusätzliche Mittel zur Verfügung standen. Der Vorteil dieser Arbeitsweise und Projektplanung liegt im Gegensatz zum Erprobungsprogramm in der Ausnutzung bereits vorhandener Strukturen, die damit die Chancen zum Transfer auf die Situation anderer Kindertagesstätten erhöhen.
- ³⁷ Dies ist insofern relevant zu erwähnen, als es zu diesem Zeitpunkt in Schleswig-Holstein noch kein Kindergarten-gesetz gab, welches Mitwirkungsfragen regelte.
- ³⁸ Bereits 1980 wurde vom Deutschen Bundestag ein Jugendhilfegesetz mit Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz verabschiedet, aber nach Einspruch der Länder nicht in Kraft gesetzt. Zur Geschichte dieses Gesetzge-bungsprozesses siehe auch Hoffmann, 1994, 220 ff. und 239 ff.
- ³⁹ Genaue Daten zu Plätzen und Einrichtungen jeweils nach allen Bundesländern, allen Einrichtungsformen und allen Trägern geordnet liegen dem Autor vor und können in ausgewerteter Form geliefert werden.
- ⁴⁰ Insgesamt ist hierbei zu berücksichtigen, daß in den neuen Bundesländern ein erheblich größerer Anteil der Ein-richtungen in kommunaler Trägerschaft geblieben ist als in den alten Bundesländern. Auch hier steht eine diffe-renzierte Analyse der Politik der jeweiligen Landesregierungen aus. So war es z. B. erklärtes Ziel des Landes Thüringen, so viele freie Trägerschaften wie möglich zu erlangen und gleichzeitig Krippenplätze erheblich zu re-duzieren.
- ⁴¹ Eine genaue Wiedergabe und Analyse würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen und bedürfte einer eigenen Un-tersuchung. Trotzdem möchte ich mich bei allen Einrichtungen bedanken, die mir eine Konzeption zugesendet ha-ben.



Literaturverzeichnis

- Abendroth, Wolfgang: Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie. 4., erw. Aufl. Köln 1978.
- Achter Jugendbericht. Bericht über Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe. Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission und Bericht der Sachverständigenkommission. Hg. vom Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Bonn 1990. Btds. 11/6576.
- Adler, Max: Neue Menschen. 2., vermehrte Auflage Berlin 1926.
- Ad-hoc-Ausschuß Tageseinrichtungen für Kinder: Woher nehmen Kinder im Jahr 2004 ihre Lebensorientierung? Wo die Fortschreibung des Erziehungsnotstandes aus den 90er Jahren hinführen könnte. Streitschrift zum AWO-Fachkongreß „Internationales Jahr der Familie 1994 – (K)ein Grund zum Jubeln“. In: TUP Spezial: Kinder – Kindheit – Kindergarten. Bonn 1994.
- Adorno, Theodor W.: Erziehung nach Auschwitz. In: Adorno, Theodor W.: Gesammelte Schriften. Bd. 10.2. Frankfurt a. M. 1977, 674–690.
- Ahlheim, Rose; u. a.: Gefesselte Jugend, Fürsorgetziehung im Kapitalismus. 3. Aufl. Frankfurt a. M. 1974.
- Anders, Emmy: Das Kind in der sich schnell wandelnden Welt. Bericht über die 10. Weltkonferenz der Weltorganisation für Erziehung im frühen Kindesalter. In: Neues Beginnen, 1/1965, 10–12.
- Arbeiterwohlfahrt Bundesverband (Hg., 1975a): Der Kindergarten der Arbeiterwohlfahrt. Gedanken zur pädagogischen Arbeit und Anregungen für die Praxis. Bonn 1975.
- Arbeiterwohlfahrt Bundesverband (Hg.): Eckdaten zur Qualitätsentwicklung und Leistungsbeschreibung in Tageseinrichtungen für Kinder. Bonn 1998.
- Arbeiterwohlfahrt Bundesverband (Hg.): Fachberatung in Tageseinrichtungen für Kinder. Stellungnahme der Arbeiterwohlfahrt. Bonn 1996.
- Arbeiterwohlfahrt Bundesverband (Hg.): Fachpolitisches Programm. Bonn 1975.
- Arbeiterwohlfahrt Bundesverband (Hg.): Für die Zukunft unserer Kinder. Die Arbeiterwohlfahrt und ihre Tageseinrichtungen. Bonn 1986.
- Arbeiterwohlfahrt Bundesverband (Hg.): Grundpositionen der Arbeiterwohlfahrt für die Arbeit in Tageseinrichtungen für Kinder. Stellungnahme der Arbeiterwohlfahrt. Bonn 1997.
- Arbeiterwohlfahrt Bundesverband (Hg.): Grundpositionen der Arbeiterwohlfahrt für ihre Arbeit in Tageseinrichtungen für Kinder. Stellungnahme der Arbeiterwohlfahrt. Bonn 1983.
- Arbeiterwohlfahrt Bundesverband (Hg.): Kinder in der Krise – Kinder von Arbeitslosen. Bonn 1988.
- Arbeiterwohlfahrt Bundesverband (Hg.): Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz. Stellungnahme der Arbeiterwohlfahrt. Bonn 1994.
- Arbeiterwohlfahrt Bundesverband (Hg.): Stellungnahme der Arbeiterwohlfahrt: Zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. In: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, 8/1984, 312–316.
- Arbeiterwohlfahrt Bundesverband (Hg.): Stellungnahme zur Bildungspflicht und institutionellen Zuordnung Fünfjähriger. In: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, 3/76, 96–98.
- Arbeiterwohlfahrt Bundesverband (Hg.): Der Stellenwert von Tageseinrichtungen für Kinder innerhalb der Arbeiterwohlfahrt – Standortbeschreibung und Perspektiven für die Zukunft. Bonn 1986.
- Arbeiterwohlfahrt Bundesverband (Hg.): Überlegungen zur Finanzierung der Kindergartenerziehung. In: Arbeiterwohlfahrt Jahrbuch, 69/70, 61–68.
- Arbeiterwohlfahrt Bundesverband (Hg.): Übernahme der Trägerschaften von Tageseinrichtungen für Kinder. Rundschreiben-Nr. 43/91. Bonn 1991.
- Arbeiterwohlfahrt Bundesverband (Hg.): Zu Erziehungs-, Betreuungs- und Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche im Schulalter. Stellungnahme der Arbeiterwohlfahrt. Bonn 1996.
- Arbeiterwohlfahrt Bundesverband (Hg.): Zur gemeinsamen Erziehung von behinderten und nichtbehinderten Kindern in Tageseinrichtungen. Stellungnahme der Arbeiterwohlfahrt. Bonn 1996.
- Arbeiterwohlfahrt Hauptausschuß (Hg.): Jahrbuch 1957. Bonn o. J.
- Arbeiterwohlfahrt in der DDR. Diskussionspapier vom 27. März 1990.
- Arbeiterwohlfahrt Landesarbeitsgemeinschaft Nordrhein-Westfalen (Hg.): Praxisbriefe für Eltern, Elternräte, Träger und pädagogisch tätige Kollegen in Kindergarten, Hort und Kindertagesstätte. Ausgabe NW, 21/81.
- Arbeiterwohlfahrt Landesverband Hamburg (Hg.): „Wir wollen zum Köhlbrand!“ Hamburg 1985.
- Die Arbeiterwohlfahrt. Situation, Grundlagen, Ziel. In: Neues Beginnen, 10/1951, 1–4.



- Arbeitsgruppe Vorschulerziehung (Hg.): Anregungen III. Didaktische Einheiten im Kindergarten. München 1976.
- Arbeitskreis Kinderhilfe: Heutige Erfordernisse auf dem Gebiet der Tageseinrichtungen für Kinder. In: Neues Beginnen, 3/67, 112–115.
- Aufnahme- und Ausbildungsbestimmungen für die sozialen Berufe. In: Neues Beginnen, 1/1950, 6.
- AW-Kindergarten im Flüchtlingslager Uelzen. In: Arbeiterwohlfahrt, 55/56, 135–137.
- Autorengruppe Ganztageseinrichtungen: Ganztagsplätze im Kindergarten – vernachlässigt und doch chancenreich. In: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, 8/84, 299–303.
- Bader, Kurt: Erziehung in Kindergärten. In: Koch/Rocholl, 1977, 113–134.
- Bäuerle, Wolfgang: Elternbildung: Aufgaben, historische Entwicklung und heutiger Stand. In: Schleicher, Klaus (Hg.): Elternmitsprache und Elternbildung. Düsseldorf 1973, 85–104.
- Bauer, Rudolph und Storz, Wolfgang: Arbeiterwohlfahrt und Reformpolitik: Vermutung, Anspruch oder Wirklichkeit? Versuch einer Antwort vor dem Hintergrund einer Darstellung der Wohlfahrtsverbände. In: Zimmermann, 1980, 80–94.
- Bauer, Rudolph: Wohlfahrtsverbände in der Bundesrepublik. Weinheim/Basel 1978.
- Behr, Karin: Tageseinrichtungen für Kinder. Perspektiven einer reformierten Statistik. In: Rauschenbach/Schilling, 1997, 321–366.
- Bericht der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ gemäß Beschluß des Deutschen Bundestages vom 12. März 1992 und vom 20. Mai 1992 – Drucksachen 12/7820, 12/2230, 12/2597 –. In: Materialien, Band I, 178–778.
- Binder, Gottlob: Die Arbeiterwohlfahrtspflege, ihre Entwicklung, Motive und Ziele. Münster 1926.
- Birley, Robert: Education in the British Zone of Germany. In: Royal Institute of International Affairs, Vol. 26 (1950), 32–44.
- Bebel, August: Die Frau und der Sozialismus. Neusatz der 1929 ersch. Jub.-Ausg., 2. Aufl. Berlin/Bonn 1985.
- Befehl Nr. 225 des Oberbefehlshabers der SMA, des Oberbefehlshabers der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland, über die Leitung der Arbeit in Kinderheimen. Vom 26. Juli 1946. In: Dokumente Teil 1, 1970, 222–223.
- Berichte der Fachausschüsse. Kindergärten und Heime. In: Arbeiterwohlfahrt, 7/1931, 213.
- Boltz, Vera: Berufsbild und Berufskrise der Kindergärtnerinnen und Jugendleiterinnen, Diss. München 1954.
- Bund-Länder-Kommission für Forschungsförderung (Hg.): Erprobungsprogramm im Elementarbereich. Bericht über eine Auswertung von Modellversuchen von Lothar Krappmann und Johanna Wagner. Bonn 1983.
- Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung (BLK) und Forschungsförderung (Hg.): Materialien zur Bildungsplanung. Heft 9: Modellversuche im Elementarbereich. Bonn 1984.
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (Hg.): Die Kindergarten-Reform hat erst begonnen. Eine Information zum Erprobungsprogramm im Elementarbereich. Bonn 1983.
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (Hg.): Stellungnahme zur vorschulischen Erziehung. In: Neues Beginnen, 5/1969, 187–188.
- Christ, Karl: Sozialdemokratie und Volkserziehung. Die Bedeutung des Mannheimer Parteitagess der SPD im Jahre 1906 für die Entwicklung der Bildungspolitik und Pädagogik der deutschen Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg. Bern und Frankfurt a. M. 1975.
- Colberg-Schrader, Hedi: Ergebnisse aus dem Projekt „Ganztageseinrichtungen als familiennahe Sozialisationsfelder“ und Konsequenzen für die Praxis. In: AWO BV, 1986, 55–57.
- Colberg-Schrader, Hedi; Krug, Marianne; Pelzer, Susanne: Soziales Lernen im Kindergarten. Ein Praxishandbuch des DJI. München 1991.
- Derschau, Dietrich von (Hg.): Entwicklungen im Elementarbereich. München 1981.
- Derschau, Dietrich von: Die Erzieherausbildung: Bestandsaufnahme und Vorschläge. München 1974.
- Deutsche Verwaltung für Volksbildung (Hg.): Die Grundsätze der Erziehung im deutschen Kindergarten. In: Sozialpädagogik, 1/1948, 2–6.
- Deutscher Bildungsrat: Strukturplan für das Bildungswesen. Empfehlungen der Bildungskommission. Stuttgart 1970.
- Deutsches Jugendinstitut (Hg.): Tageseinrichtungen für Kinder. Informationen – Erfahrungen – Analysen. Zahlenspiegel. München 1993.
- Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut (Hg.): Ziele und Aufgaben der vorschulischen Erziehung. Berlin 1952.
- DGB-Bundesvorstand (Hg.): Gewerkschaften und Mitbestimmung. Bonn 1977.
- Diller, Angelika: Öffnung der Kitas, warum und wie? In: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit: Spezial: Kinder – Kindheit – Kindergarten, 3/96, 29–37.



- Diller, Angelika: Qualitätsentwicklung, warum und wie?
In: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit: Spezial: Kinder – Kindheit – Kindergarten, 1/97, 1–6.
- Diller-Murschall, Ilsa: Kinderhäuser: eine kinder- und elternfreundliche Utopie. Zum bedarfsgerechten Angebot an Tageseinrichtungen für Kinder. In: Theorie und Praxis der Sozialpädagogik, 6/87, 312.
- Diller-Murschall, Ilsa; Haucke, Karl; Breuer, Anne (Hg.): Qualifizierung lohnt sich. Perspektiven der Fachberatung für Kindertageseinrichtungen. Freiburg i. Br. 1997.
- Dokumente zur Geschichte des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik. Teil 1: 1945–1955. Ausgewählt von Gottfried Uhlig. Eingeleitet von Karl-Heinz Günther und Gottfried Uhlig. Monumenta Paedagogica. Bd. VI. Reihe C: Entwicklung des Bildungswesens und der Pädagogik nach 1945. Berlin 1970.
- Donat, Erna: Beruf und Aufgabe der Kindergärtnerinnen (I). In: Neues Beginnen, 16/48, o. S.
- Donat, Erna: Beruf und Aufgabe der Kindergärtnerinnen (II). In: Neues Beginnen, 19/48, o. S.
- Donat, Erna: Beruf und Aufgabe der Kindergärtnerinnen (III). In: Neues Beginnen, 22/48, o. S.
- Donat, Erna: Beruf und Aufgabe der Kindergärtnerinnen (IV). In: Neues Beginnen, 5/49, o. S.
- Donat, Erna: Beruf und Aufgabe der Kindergärtnerinnen (V). In: Neues Beginnen, 7/49, o. S.
- Douai, Adolf: Kindergarten und Volksschule als sozialdemokratische Anstalten. Nicht preisgekrönte Antwort auf die Preisfrage des Fröbel-Vereins: „In welcher Weise ist die organische Verbindung zwischen Kindergarten und Schule herzustellen?“ Leipzig 1876.
- Dowe, Dieter (Hg.): Protokolle der Sitzung des Parteiausschusses der SPD 1912–1921. Berlin 1980.
- Duncker, Käthe: Sozialistische Erziehung im Hause. Berlin 1914.
- Dupuis, André: Neue Steuerungsmodelle, Qualitätsstandard in Kindertageseinrichtungen und die Rolle der Fachberaterin. In: Diller-Murschall/Haucke/Breuer, 1997, 171–197.
- Eilers, Elfriede: Die Arbeiterwohlfahrt und unsere Verantwortung für die nachwachsende Generation. Von den Anfängen innerhalb der Arbeiterbewegung bis zur Gegenwart. In: Für die Zukunft, 1986, 10–13.
- Empfehlungen und Gutachten des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen 1953–1965. Gesamttausgabe. Im Auftrage des Ausschusses besorgt von Hans Bohnenkamp, Walter Dirks und Doris Knab. Stuttgart 1966.
- Entwicklung der Kindergärten der Arbeiterwohlfahrt. In: Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt (Hg.): Die Arbeiterwohlfahrt 1919–1949. Hannover 1949, 30.
- Ermler, Julie: Der Kindergarten. Kindergärtnerin, Hortnerin, Jugendleiterin. Waidmannsche Taschen Ausgaben für die preußische Schulverwaltung, Heft 76. Hg. von Hans Süßner und Walter Lande. Berlin 1933.
- Erning, Günter: Geschichte der öffentlichen Kleinkindererziehung von den Anfängen bis zum Kaiserreich. In: Erning, Günter; u. a., 1987, 13–41.
- Erning, Günter; u. a. (Hg.): Geschichte des Kindergartens. Entstehung und Entwicklung der öffentlichen Kleinkindererziehung in Deutschland von den Anfängen bis zur Gegenwart. Band I. Freiburg i. B. 1987.
- Fachausschuß Jugendwohlfahrt: Zur Kindergartenerziehung als erste Stufe des Bildungswesens. In: Arbeiterwohlfahrt Jahrbuch 68/69, 31–33.
- Fechenbach, Felix: Die Kinderrepubliken der Roten Falken. In: Arbeiterwohlfahrt, 22/1928, 691–695.
- Fischer, P. Zyrill: Die sozialistischen Kinderfreunde in Deutschland. Kevelaer 1930.
- Fortschritt für die 90er. Ist das ein Traum? Familie und Beruf für Männer und Frauen. Dokumentation zum Fachkongreß am 23./24. November 1989 in Königswinter. Hg. vom Vorstand der SPD, Referat Öffentlichkeitsarbeit. Bonn 1990.
- Frevert, Ute: „Frau und Arbeiter haben gemein, Unterdrückte zu sein.“ Proletarische Frauenbewegung. In: Ruppert, 1986, 435–451.
- Fthenakis, Wassilos E.: Erziehungsqualität: Operationalisierung, empirische Überprüfung und Messung eines Konstrukts. In: Fthenakis/Textor, 1998, 52–74.
- Fthenakis, Wassilos E.; Textor, Martin R. (Hg.): Qualität in der Kinderbetreuung. Konzepte, Forschungsergebnisse, internationaler Vergleich. Weinheim/Basel 1998.
- Fünf Bausteine für ein differenziertes Kindergartenangebot. Zwischenbericht für das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen. Hg. von der Stadt Bergisch Gladbach.
- Galuske, Michael; Rauschenbach, Thomas: Jugendhilfe Ost. Entwicklung, aktuelle Lage und Zukunft eines Arbeitsfeldes. Weinheim und München 1994.
- Galuske, Michael; Rauschenbach, Thomas: Fünf Jahre deutsche Vereinigung – fünf Jahre Jugendhilfe in den neuen Bundesländern. In: Sozialmagazin, 10/95, 12–15.
- Giddens, Anthony: Konsequenzen der Moderne. Frankfurt a. M. 1996.



- Gerke, Elisabeth: Die Kinderpflegerinnenschule „Haus Sommerberg“ in Rösrath. In: Die Arbeiterwohlfahrt. Jahrbuch 1961. Bonn 1961, 67–69.
- Gerke, Elisabeth: Vorbereitung von Volksschülerinnen für den Kindergärtnerinnenberuf. In: Neues Beginnen, 3/54, 38–39.
- Die Gleichheit. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. Jg. 1891–1923.
- Grossmann, Wilma: Kindergarten. Eine historisch-systematische Einführung in seine Entwicklung und Pädagogik. Weinheim und Basel 1987.
- Grossmann, Wilma: Vorschulerziehung. Historische Entwicklung und alternative Modelle. Köln 1974.
- Die Grundrichtung der pädagogischen, situationsbezogenen Arbeit in Tageseinrichtungen für Kinder der Arbeiterwohlfahrt Nordrhein-Westfalen. In: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Arbeitshilfen zur Planung der Arbeit im Kindergarten. 2. Aufl., Düsseldorf 1981, Anhang 1, ohne Seitenangabe.
- Haar, Richard: Zur Arbeiterwohlfahrt 1979. In: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, 12/79, 461–464.
- Haensch, Dietrich: Repressive Familienpolitik. Reinbek bei Hamburg 1969.
- Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage von 1863–1909. Bearbeitet von Wilhelm Schröder. München 1910.
- Handbuch sozialdemokratischer Politik. Hg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Bonn 1953.
- Hagen, Karin: Wir wollen zum Köhlbrand. Hg. vom Arbeiterwohlfahrt-Landesverband Hamburg. Hamburg 1985.
- Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt (Hg.): Lehrbuch der Wohlfahrtspflege. [Berlin] 1927.
- Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt: Jahrbuch 1930. Berlin 1930.
- Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt (Hg.): Reform der öffentlichen Erziehungshilfe. Vorschläge und Forderungen der Arbeiterwohlfahrt. Bearbeitet von Christa Hasenclever. Bonn 1957.
- Hebenstreit, Sigurd: Einführung in die Kindergartenpädagogik. Stuttgart 1980.
- Heinsohn, Gunnar: Vorschulerziehung in der bürgerlichen Gesellschaft. Geschichte, Funktion, aktuelle Lage. Akt. u. erw. Ausgabe, Frankfurt a. M. 1974.
- Herzberg-Lülf: Quantitativer Ausbau im Elementarbereich. In: Derschau, Dietrich von (Hg.): Entwicklungen im Elementarbereich. Fragen und Probleme der qualitativen, quantitativen und rechtlichen Situation. Materialien zum fünften Jugendbericht. München 1981, 45–112.
- Hoernle, Edwin: Warum gründen wir Kindergruppen? In: Das proletarische Kind, 1958, 31–34.
- Hoffmann, Erika: Vorschulerziehung in Deutschland. Historische Entwicklung im Abriß. Witten 1971.
- Hoffmann, Hilmar (1998a): Ändern, aber wie? Der Dienstleistungsbegriff als Motor einer Reform von Tageseinrichtungen für Kinder. Erscheint Frühjahr 1998. In: Engelhard; u. a. (Hg.): Handbuch der Elementarerziehung. Pädagogische Hilfen zur Arbeit in Tageseinrichtungen für Kinder. Seelze-Velber 1998, ohne Seitenzählung.
- Hoffmann, Hilmar: Hat Fachberatung Zukunft? Ein Rückblick aus dem Jahr 2010 in die Gegenwart. In: Diller-Murschall; Haucke; Breuer, 1997, 184–189.
- Hoffmann, Hilmar: Der Kindergarten der Arbeiterwohlfahrt. Geschichte, Gegenwart, Zukunftsperspektiven. Hg. vom Arbeiterwohlfahrt-Bundesverband. Bonn 1989.
- Hoffmann, Hilmar (1998b): Lernen Kinder heute, was sie morgen brauchen? Erscheint 1998 in einer Dokumentation der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft unter demselben Titel.
- Hoffmann, Hilmar: Nähe und Distanz oder Umgang mit einer neuen Fremdheit. Rückblick auf fünf Jahre West-Ost-Monolog in sozialpädagogischen Fortbildungen in den fünf neuen Ländern. In: Der Pädagogische Blick, 2/1995, 24–28.
- Hoffmann, Hilmar: Sozialdemokratische und kommunistische Kindergartenpolitik und -pädagogik in Deutschland. Eine historische Untersuchung zur Theorie und Realpolitik der KPD, SED und SPD im Bereich institutionalisierter Früherziehung. Bochum 1994.
- Hoffmann, Hilmar (1994a): Die Entwicklung des Kindergartens in der Sowjetischen Besatzungszone bis zur Gründung der DDR – Neuanfang zwischen Dogmatismus und Demokratisierung. In: Krüger/Marotzki (Hg.), 1994, 193–207.
- Hoffmann, Hilmar: Stagnation als Strukturprinzip. In: Uni-Report. Berichte aus der Forschung der Universität Dortmund, 24/97, 19–24.
- Hoffmann, Hilmar; Merkel, Horst; Schmitt-Wenkebach, Barbara (in Zusammenarbeit mit der AWO-Geschäftsstelle): Woher nehmen Kinder im Jahr 2004 ihre Lebensorientierung? Wo die Fortschreibung des Erziehungsnotstandes aus den 90er Jahren hinführen könnte. In: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit: Kinder – Kindheit – Kindergarten, 1/94, 27–47.
- Hoffmann, Hilmar; Rauschenbach, Thomas: Kita 2001 – familienfreundlich, flexibel, qualitätsbewußt, dienstleistungsorientiert – Erste Gedanken zum Abschied vom „guten alten Kindergarten“. In: Klein & Groß – Lebensorte für Kinder, 1/97, 6–11.



- Höltershinken, Dieter: Einleitung. In: Höltershinken, Dieter (Hg.): Vorschulerziehung. Dokumentation zur Elementarerziehung in einer sich wandelnden Gesellschaft. Freiburg i. Br. 1973, 7-12.
- Höltershinken, Dieter: Situationsansätze - Positionen und offene Fragen. In: Klein & Groß - Lebensorte für Kinder, 11-12/94, 32-36.
- Höltershinken, Dieter; Hoffmann, Hilmar; Prüfer, Gudrun: Kind und Kindergärtnerin in der DDR. Band 1 und Band 2. Berlin 1997.
- Holthuis, Rainer E.: Zur Entwicklungsgeschichte der Arbeiterwohlfahrt ab 1919. In: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, 9/1989, 329-337.
- Hopf, Arnulf; Klattenhoff, Klaus: Erziehung und Ausbildung in Vorklasse und Eingangsstufe. In: Koch/Rocholl, 1977, 134-157.
- Humanitäres Handeln. Grundsatzprogramm der Arbeiterwohlfahrt. 2. Aufl., Bonn 1988 (1987).
- Juchacz, Marie und Heymann, Johanna: Die Arbeiterwohlfahrt - Voraussetzungen und Entwicklung. o. O. (1924).
- Kanitz, Otto Felix: Kämpfer der Zukunft. In: Kanitz, Otto Felix: Kämpfer der Zukunft. Für eine sozialistische Erziehung. Hg. von Lutz von Werder. Frankfurt a. M. 1970, 115-172.
- Kant, Immanuel: Über Pädagogik. In: Kant, Immanuel. Werke in sechs Bänden. Hg. von Wilhelm Weischedel. Bd. VI. Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik. Frankfurt a. M. 1964, 693-761.
- Kindergartenordnung. In: Ministerium für Volksbildung (Hg.): Programm für die Bildungs- und Erziehungsarbeit im Kindergarten. Berlin 1986, 279-288.
- Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955. 4., erg. Auflage, Bonn 1986.
- Koch, Rüdiger; Rocholl, Georg (Hg.): Kleinkinderziehung als Privatsache. Köln 1977.
- Kocka, Jürgen: Zu „Nationalsozialismus und SED-Diktatur in vergleichender Perspektive“. In: Materialien, Band IX, 588-597.
- Kommentar zu den kommunalpolitischen Richtlinien der Sozialdemokratischen Parteien Deutschlands. Berlin 1929.
- Korte, Erich: Schulkindergärten. In: Arbeiterwohlfahrt, 11/1932, 330-333.
- Koneffke, Gernot: Die Reichsschulkonferenz von 1920. Ihre Vorgeschichte und Vorbereitung und ihre Verhandlungen. Berlin, 11.-19. Juni 1920. Einleitung. In: Heydorn, Heinz Joachim und Gernot Koneffke: Zur Bildungsgeschichte des deutschen Imperialismus. Einleitungen zu den preußischen Schulkonferenzen 1890/1900 und zur Reichsschulkonferenz von 1920. Glashütten im Taunus 1973, 38-62.
- Krappmann, Lothar: Förderung von Kindern im Kindergarten. Auswertungsbericht zum Erprobungsprogramm im Elementarbereich. In: Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, 1983, 11-230.
- Krappmann, Lothar: Kinderbetreuung als kulturelle Aufgabe. In: Tietze, 1996, 20-29.
- Krappmann, Lothar: Reicht der Situationsansatz? Nachträgliche und vorbereitende Gedanken zu Förderkonzepten im Elementarbereich. In: Neue Sammlung, 4/95, S. 109-124.
- Krüger, Heinz-Hermann und Marotzki, Winfried (Hg.): Pädagogik und Erziehungsalltag in der DDR. Zwischen Systemvorgaben und Pluralität. Opladen 1994.
- Kulbach, Roderich; Wohlfahrt, Norbert: Modernisierung der öffentlichen Verwaltung. Konsequenzen für die freie Wohlfahrtspflege. Freiburg i. Br. 1996.
- Laewen, Hans-Joachim: Unterwegs in schwierigen Zeiten. Nichts mehr tun, sondern anderes tun. Überlegungen und Ausführungen. In: Klein & Groß, 7-8/97, 7-12 und 32-35.
- Laewen, Hans-Joachim; Neumann, Karl; Zimmer, Jürgen (Hg.): Der Situationsansatz - Vergangenheit und Zukunft. Theoretische Grundlagen und praktische Relevanz. Seelze-Velber 1997.
- Larra, Franziska: Komplexität und Kontingenz. Vermutungen zur Erfolglosigkeit des Situationsansatzes in der Praxis. In: Laewen/Neumann/Zimmer, 1997, 161-168.
- Laewen, Hans-Joachim; Neumann, Karl; Zimmer, Jürgen (Hg.): Der Situationsansatz - Vergangenheit und Zukunft. Theoretische Grundlagen und praktische Relevanz. Seelze-Velber 1997.
- Lange, Fritz: Aufgaben und Probleme der Vorschulerziehung in der Deutschen Demokratischen Republik. Referat des Ministers für Volksbildung. In: Aufgaben und Probleme der Vorschulerziehung in der Deutschen Demokratischen Republik. Zentrale Konferenz der Vorschulerziehung. Leipzig 1957. Hg. vom Ministerium für Volksbildung. Berlin 1957, 17-82.
- Lash, Scott: Reflexivität und ihre Doppelungen: Struktur, Ästhetik und Gemeinschaft. In: Beck, Ulrich; Giddens, Anthony; Lash, Scott (Hg.): Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse. Frankfurt a. M. 1996, 195-286.



- Lemke, Lotte (1948a): Die Arbeiterwohlfahrt. In: Neuer Vorwärts, 2. 10. 1948, 11.
- Lemke, Lotte (1948b): Die Arbeiterwohlfahrt nach 1945. In: Neues Beginnen, 18/1948, o. S.
- Liebknecht, Wilhelm: Wissen ist Macht – Macht ist Wissen –. Festrede gehalten zum Stiftungs-Fest des Dresdener Bildungs-Vereins am 5. Februar 1872 von Wilhelm Liebknecht. Neue Aufl., Berlin 1896.
- Löwenstein, Kurt: Erziehung und Schule seit der Revolution. In: Die Gleichheit, 23/1922, 210.
- Löwenstein, Kurt: Die Kinderrepubliken des letzten Jahres. In: Arbeiterwohlfahrt, 23/1930, 722–730.
- Löwenstein, Kurt (1976a): Das Kind als Träger der werdenden Gesellschaft. In: Löwenstein, 1976, 89–211.
- Löwenstein, Kurt: Sozialismus und Erziehung. Eine Auswahl aus den Schriften 1919–1933. Neu herausgegeben von Ferdinand Brandecker und Hildegard Feidel-Mertz. Berlin und Bonn-Bad Godesberg 1976.
- Lüttig, Gerlinde: Die Erwerbstätigkeit von Müttern und die Betreuung ihrer Kinder nach einer Erhebung des Statistischen Bundesamtes. In: Neues Beginnen 2/65, 22–24.
- Mandelkow, Friedrich: Arbeiterwohlfahrt und Kinderfreunde. In: Arbeiterwohlfahrt, 6/1926, 188–190.
- Markmann, Jürgen: Sozialarbeit und Sozialpädagogik – Programm und Praxis – Tendenzen und Perspektiven in der Arbeit der Arbeiterwohlfahrt. In: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, 9/73, 343–352.
- Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung und Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag. Neun Bände in 18 Teilbänden. Baden-Baden 1995.
- Merkel, Birgit; u. a.: Handbuch für Kindertagesstätten der AW Kreisverband Hannover-Stadt. Hannover 1976.
- Meyer, Otto C.: 10. Deutscher Jugendhilfetag: Unerwartete Ergebnisse und Einschätzungen. In: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, 9/96, 2–5.
- Ministerium für Volksbildung (Hg.): Programm für die Bildungs- und Erziehungarbeit im Kindergarten. Berlin 1986.
- Monat, Anneliese: Sozialdemokratie und Wohlfahrtspflege. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte der Arbeiterwohlfahrt. Stuttgart 1961.
- Müller, Helene: Das Problem des Kindergartens und Hortes unserer Zeit. In: Neues Beginnen, 12/1958, 181–183.
- Münder, Johannes; u. a.: Frankfurter Lehr- und Praxis-kommentar zum Kinder- und Jugendhilfegesetz. Münster 1993.
- Narr, Wolf-Dieter; Offe, Claus (Hg.): Wohlfahrtsstaat und Massenloyalität. Köln 1975.
- Niedrig, Heinz: Arbeiterwohlfahrt und freie Wohlfahrts-pflege – Kritische Fragen an die freie Wohlfahrts-pflege. In: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, 10/1974, 368–376.
- Niedrig, Heinz: Entwicklungen in der Geschichte der Arbeiterwohlfahrt. In: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, 12/1985, 402–409.
- Niedrig, Heinz: Gesellschaftspolitische Grundpositionen der Arbeiterwohlfahrt. In: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, 3/1990, 104–107.
- Niedrig, Heinz: Die Sozialpolitik der Arbeiterwohlfahrt. In: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, 12/79, 464–466.
- Niedrig, Heinz: Zur Geschichte und zum Selbstverständnis der Arbeiterwohlfahrt. In: Zimmermann, 1980, 20–23.
- Oberhuemer, Pamela; Ulich, Michaela: Kindertagesbe-treuung und pädagogisches Personal. Eine Bestandsaufnahme in den Ländern der Europäischen Union. Weinheim/Basel 1997.
- Oelkers, Jürgen: Reformpädagogik. Weinheim und München 1989.
- Olk, Thomas; Pabst, Stefan: Die Wohlfahrtsverbände. In: Niedermayer, Oskar (Hg.): Intermediäre Strukturen in Deutschland. Opladen 1996, 358–377.
- Praxisbrief Landesarbeitsgemeinschaft der Arbeiterwohlfahrt Nordrhein-Westfalen. Heft 24/82, zitiert nach: Arbeiterwohlfahrt Bundesverband (Hg.): Infodienst, 4/84.
- Probleme der Jugendarbeit. Stellungnahme des Fach-ausschusses für Jugendwohlfahrt. Hg. vom Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt. Hannover 1948, 19.
- Projektgruppe Ganztageeinrichtungen im Elementarbereich. In: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, 12/81, 474–475.
- Projektgruppe Ganztageeinrichtungen: Ganztagsplätze im Kindergarten. In: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, 8/1982, 308–314.
- Projektgruppe Ganztageeinrichtungen: Leben und Lernen in Kindertagesstätten. Bericht über ein ko-operatives Projekt des Deutschen Jugendinstituts und der Arbeiterwohlfahrt. München 1984.
- Das proletarische Kind. Zur Schulpolitik und Pädagogik der Kommunistischen Partei Deutschlands in den Jahren der Weimarer Republik. Ausgewählt, ein-geleitet und erläutert von Herbert Flach und Her-bert Londershausen. Berlin 1958.



- Protokoll der 1. Sitzung des Sprecherinnenrates der Interessengemeinschaft „Erhaltet die Kindereinrichtungen“ am 6. Dezember 1990 in Berlin.
- Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands abgehalten zu Berlin vom 14. bis 21. November 1892. Berlin 1892.
- Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Mannheim vom 23. bis 29. September 1906. Berlin 1906.
- Rauschenbach, Thomas: Die öffentliche Jugendhilfe im Prozeß der deutschen Wiedervereinigung. Bausteine zur Transformation des Sozialen. In: Zeitschrift für Sozialreform, 2/97, 133–156.
- Rauschenbach, Thomas; Beher; Karin; Knauer, Detlef: Die Erzieherin. Ausbildung und Arbeitsmarkt. 2. Aufl. Weinheim/München 1997.
- Rauschenbach, Thomas; Sachße, Christoph; Olk, Thomas: Von der Wertgemeinschaft zum Dienstleistungsunternehmen. Jugend- und Wohlfahrtsverbände im Umbruch. Frankfurt a. M. 1995.
- Rauschenbach, Thomas; Schilling, Mathias (Hg.): Die Kinder- und Jugendhilfe und ihre Statistik. Band II: Analysen, Befunde und Perspektiven. Neuwied, Kriftel, Berlin 1997.
- Rehm, Clemens und Thomas Schnabel: Die Entwicklung des katholischen Kindergartenwesens in der Weimarer Republik. In: Schnabel, 1987, 45–58.
- Die Reichsschulkonferenz. Ihre Vorgeschichte und Vorbereitung und ihre Verhandlungen. Amtlicher Bericht, erstattet vom Reichsministerium des Innern. Leipzig 1921.
- Richartz, Nikolaus: Die Pädagogik der „Kinderfreunde“. Theorie und Praxis sozialdemokratischer Erziehungsarbeit in Österreich und in der Weimarer Republik. Weinheim und Basel 1981.
- Richtlinien für die Planung und Führung von Kindertagesstätten der Arbeiterwohlfahrt. In: Neues Beginnen, 11/1954, 180–181.
- Rodenstock, Heinrich: Vom Kindergarten. In: Die Gleichheit, 4/53, 138.
- Roehl, Fritz Michael: Marie Juchacz und die Arbeiterwohlfahrt. Hannover 1961.
- Rühle, Otto: Das proletarische Kind. München 1911.
- Ruppert, Wolfgang (Hg.): Die Arbeiter. Lebensformen, Alltag und Kultur von der Frühindustrialisierung bis zum „Wirtschaftswunder“. München 1986.
- Schmitt-Wenkebach, Barbara: Die Arbeiterwohlfahrt und unsere Verantwortung für die nachwachsende Generation. Tageseinrichtungen für Kinder und ihr familienergänzender Auftrag. Arbeiterwohlfahrt BV, 1986, 14–18.
- Schmitt-Wenkebach, Barbara: Gestaltung pädagogischer Arbeit im Kindergarten auf der Grundlage des Situationsansatzes. In: AW BV, 1986 34–36.
- Schmitt-Wenkebach, Barbara: Kindergarten und Elternarbeit. Bedingungen, Möglichkeiten, Inhalte. Hannover 1976.
- Schnabel, Thomas (Hg.): Versorgen, bilden, erziehen 1912–1987. Festschrift des Zentralverbandes katholischer Kindergärten und Kinderhorte Deutschlands. Freiburg i. Br. 1987.
- Siemens, Anna: Auf dem Wege zum Sozialismus. Kritik der sozialdemokratischen Programme von Heidelberg bis Erfurt. Berlin 1931.
- Siemens, August: Preussen. Die Gefahr Europas. Hg. von Anna Siemens. Berlin 1981 (Nachdruck von 1937).
- Sachße, Christoph: Mütterlichkeit als Beruf. Frankfurt a. M. 1986.
- Schäfer, Gerd: Bemerkungen zur Bildungstheorie des Situationsansatzes. In: Laewen/Neumann/Zimmer, 1997, 63–80.
- Schäfer, Gerd E.: Bildungsprozesse im Kindesalter. Selbstbildung, Erfahrung und Lernen in früher Kindheit. München und Weinheim 1995.
- Schneider, Kornelia: Qualität für Kinder in Tageseinrichtungen. In: Merchel, J. (Hg.): Qualität in der Jugendhilfe. Kriterien und Bewertungsmöglichkeiten. Münster 1998, 183–201.
- Schumacher, Henny: Berliner Kindergärten. In: Arbeiterwohlfahrt, 2/1929, 48–50.
- Schulz, Heinrich: Das Ergebnis der Reichsschulkonferenz. In: Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht (Hg.): Die Reichsschulkonferenz in ihren Ergebnissen, Leipzig [1920].
- Schulz, Heinrich: Die Schulreform der Sozialdemokratie. Dresden 1911.
- Schulz, Heinrich, Jugend und Sozialismus VI. In: Die Gleichheit, 18/1905, 103–104.
- Simon, Elisabeth: Das Problem „Kinderpflegerin“. In: Arbeiterwohlfahrt Jahrbuch 1974, 89–96.
- Süss, Margot: Die Entwicklung der Kindergärten in Berlin am Beispiel des Stadtbezirkes Weissensee in der Zeit von 1945 bis 1948. Berlin 1960.
- Tälkers, Erwin: AWO-Fachtagung „Kindzentrierte Pädagogik“ in Bielefeld. In: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, 10/96, 35–36.
- Team der Arbeiterwohlfahrt-Kindertagesstätte Kiel-Friedrichsort: Eine Kindertagesstätte in Großraumkonzeption. In: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, 5/77, 163–172.
- Theorie und Praxis der sozialen Arbeit: Spezial: Kinder – Kindheit – Kindergarten. Schwerpunktthema: Öffnung der Kitas. 3/96.



- Tietze, Wolfgang (Hg.): Früherziehung. Trends, internationale Forschungsergebnisse, Praxisorientierungen. Neuwied/Kriftel/Berlin 1996.
- Tietze, Wolfgang; Schuster, Maria; Roßbach, Günther: Kindergarten-Einschätz-Skala. Deutsche Fassung der Early Childhood Environment Rating Scale von Thelma Harms & Richard m. Clifford. Neuwied/Kriftel/Berlin 1997.
- Thönissen, Werner: Frauenemanzipation. Frankfurt a. M. 1969.
- Wacquant, Loic J. D.: Auf dem Weg zu einer Sozialpraxeologie. Struktur und Logik der Soziologie Pierre Bourdieus. In: Bourdieu, Pierre; Wacquant, Loic J. D.: Reflexive Anthropologie. Frankfurt a. M. 1996, 17–93.
- Wachenheim, Hedwig: Verfassungsfeier in der Kinderrepublik Seekamp. In: Arbeiterwohlfahrt, 17/1927, 533–536).
- Wachenheim, Hedwig: Vom Großbürgertum zur Sozialdemokratie. Berlin 1973.
- Weisser, Gerhard: Freiheitlicher Sozialismus. In: Handbuch, 1953, 63.
- Wingender, Hans: Die Aufgaben der Arbeiterwohlfahrt auf dem Gebiete des Anstaltswesens. Hg. vom Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt. Berlin 1925.
- Tietze, Wolfgang; Schuster, Käthe-Maria; Roßbach, Hans-Günther: Kindergarteneinschätzskala. Berlin/Neuwied 1997.
- Thiersch, Hans: Lebensweltorientierte soziale Arbeit. Weinheim/München 1992.
- Zetkin, Clara (1957): Über Jugenderziehung. Berlin 1957.
- Ziele und Aufgaben der vorschulischen Erziehung. Hg. vom Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut, Abteilung Theorie. Berlin 1952.
- Zietz, Louise: Kinderarbeit, Kinderschutz und Kinderschutzkommissionen. Berlin 1912.
- Zimmer, Jürgen: Vom Aufbruch und Abbruch. Über einige Desiderata der westdeutschen Kindergartenreform und des Situationsansatzes. In: Laewen/Neumann/Zimmer, 1997, 27–61.
- Zimmer, Jürgen; u. a.: Kindergärten auf dem Prüfstand. Dem Situationsansatz auf der Spur. Seelze-Velber 1997.
- Zimmermann, Konrad (Hg.): Arbeiterwohlfahrt '80. Zwischen Vereinsmeierei und Sozialarbeit. Frankfurt a. M. 1980.
- Zwenger, Brigitte: Bewahranstalt – Kleinkinderschule Kindergarten. Aspekte nichtfamiliärer Kleinkindererziehung im 19. Jahrhundert. Frankfurt a. M. 1980.